

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 100.

Mittwoch, den 29. April 1908.

15. Jahrg.

Auf zur Maifeier!

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Die Kontraktklaverei der Ausländer in Preußen.

Seit dem 1. Februar müssen die ausländischen in Preußen befindlichen Arbeiter mit einer Legitimationskarte versehen sein, die von der Deutschen Feldarbeiterzentrale ausgestellt wird. Die Karte lautet auf einen bestimmten Unternehmer und man weiß, daß sie das Mittel sein soll, die ausländischen Arbeiter völlig zu verklaven. Der Unternehmer behält die Legitimationskarte und der Arbeiter, der ohne Zustimmung des Unternehmers seine Stelle verläßt, wird dann von den Behörden ausgewiesen, da er nicht im Besitze einer Legitimationskarte ist.

Dieser Legitimierungszwang ist im größten Umfang tatsächlich ausgeführt worden. Bis anfangs April wurden nach einer offiziellen Meldung in den 36 Grenzämtern und Abfertigungsstellen der Deutschen Feldarbeiterzentrale im ganzen rund 230 000 Arbeiter, also mehr als eine Viertelmillion, legitimiert. Die Regierung trägt sich sogar mit der Absicht, die Legitimierung auf sämtliche Ausländer auszudehnen und zu diesem Zwecke noch neue Grenzämter einzurichten. Den preussischen Maßnahmen haben sich jetzt acht deutsche Bundesstaaten angeschlossen. Mit den übrigen Bundesstaaten wird noch verhandelt.

Aber mit der Verklavung der Landarbeiter scheinen sich die regierenden Vorurteile noch nicht zufriedenzugeben. Wie unser Frankfurter Parteiorgan berichtet, sind ihm aus großstädtischen Fabriken und Werkstätten in den letzten Wochen zahlreiche Mitteilungen darüber geworden, daß deutschsprechende und seit langem angesehene, mit den heimischen Verhältnissen eng verwachsene Industriearbeiter, die bereits vor Jahren aus Österreich ausgewandert waren, sich die Legitimationskarten der „Deutschen Feldarbeiterzentrale“ beschaffen mußten, deren „Abfertigungsstelle“ für Westpreußen sich in Essen befindet! Die Arbeiter mußten für diese Legitimation zwei Mark bezahlen, und verloren außerdem auf dem Polizeipräsidium ihre Zeit, wofür sie natürlich nicht entschädigt wurden!

Das Ungeheuerlichste folgt jedoch noch. Den Leuten, die anfangs Februar immer in Partien zu fünf bis sechs Mann auf dem Frankfurter Polizeipräsidium anzutreten hatten, wurde, wie die „Volksstimme“ mittelst, von dem sie abfertigen Beamten beinahe wörtlich, jedenfalls aber dem Sinne nach laut und im befehlenden Tone erklärt:

Wenn Sie Lohnstreitigkeiten mit Ihrem Prinzipal bekommen, wird Ihnen die Karte entzogen und erfolgt sofortige Ausweisung.

Wir haben für diese vorurteilliche Polizeierklärung an moderne Industriearbeiter Westdeutschlands, schreibt die Frankfurter „Volksstimme“, eine ganze Reihe einwandfreier Zeugen. Sie kann von den betreffenden Beamten des Frankfurter Polizeipräsidiums nicht bestritten werden. Sie bedeutet aber einen ungesetzlichen Eingriff der Art in die völlige Arbeitsfreiheit, die auch ausländischen Industriearbeitern in Preußen durch die Gewerbegesetzgebung gewährleistet ist. Bekanntlich sind in Preußen seit 1869 durch die Gewerbeordnung alle Strafbestimmungen gegen Lohnverabredungen aufgehoben. Und selbst der neue agrarische Regenerationserlaß vom 21. Dezember 1907 sieht vor, daß jeder ungarijische Feldarbeiter den Unternehmer wechseln kann, wenn er seine Legitimationskarte von der Polizei nach eventueller landräulicher Untersuchung und Entscheidung ungeschrieben erhalten hat. Und für diese landräuliche Entscheidung ist vorgeschrieben, daß sie „sowohl die Rechte der Arbeitgeber als auch diejenigen der Arbeiter in objektiver und ausgleichender Weise gegeneinander abwägen, und berücksichtigen“ soll. Es ist also schon für die in Preußen rechtlosen Feldarbeiter vorgesehen, daß sie Lohnstreitigkeiten mit ihren Unternehmern bekommen und daß dann, weit entfernt davon, daß Ausweisung eintritt, die Untersuchung und Entscheidung durch den Landrat eintritt. Wie viel mehr muß dasselbe für die gesetzlich in ihrer Kontraktions- und Arbeitsfreiheit geschützten Industrie-

arbeiter zutreffen. Und da haben sich Frankfurter Polizeibeamte erlaubt, alle gesetzlichen Vorschriften und Instanzen aus eigener Machtvollkommenheit zu überspringen und österreichischen Fabrikarbeitern anzudrohen, schon bei bloßen Lohnstreitigkeiten mit ihrem Prinzipal drohe ihnen Ausweisung! Der Frankfurter Polizeipräsident wird nicht umhin können, sofort eine Untersuchung und strenge Abhandlung dieser Übergriffe eintreten zu lassen.

Wir können uns diesen treffenden Ausführungen nur anschließen. Gegen diese Ungeheuerlichkeiten, die eine schwere Bedrohung des Koalitionsrechtes bedeuten, muß auf das energischste Front gemacht werden. Immer deutlicher tritt die Arbeiterfeindlichkeit Preußens hervor. Die politische Entrechtung der Arbeiterklasse hat die preussische Regierung offenbar in den Wahn gewiegt, daß sie sich gegen die Arbeiter auch schon alles herausnehmen darf. Die Ausnahmebestimmungen im Vereinsgesetz gegen die polnisch-sprechenden Arbeiter und gegen die Jugendlichen, die Kontraktklaverei der Ausländer — sie dienen alle demselben Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter möglichst wirkungslos zu machen. Wirkamer Widerstand aber wird der machtlosen Arbeiterfeindlichkeit der preussischen Regierung freilich erst entgegengesetzt werden können, wenn die Arbeiter in Preußen sich das gleiche Recht und eine mächtige Vertretung im Landtag geschaffen haben werden!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die erste Reichstagsitzung

nach den Ferien, die am Dienstag stattfand, war nicht gerade stark besucht. Es standen Petitionen auf der Tagesordnung. Viele dieser Petitionen wurden debattelos erledigt. Unsere Fraktion hatte Gelegenheit, mit Nachdruck, Eifer und Erfolg für die Interessen des Proletariats der Bühne, dessen elende Lage die Genossen Brühne und Hildbrand schilderten, für die Handelsagenten, deren berechtigte Wünsche Genosse Lehmann-Wiesbaden vertrat, und für die elsäß-lothringischen Bergarbeiter einzutreten, die unter einem skrupellosen, mit klerikalen und polizeilichen Waffen kämpfendem Unternehmertum und unter einer rückständigen Gesetzgebung leiden. Die Genossen Emmel und Sasse wiesen nach, daß die Laten des Zentrums keineswegs immer mit seinen sozialpolitischen Worten im Einklang stehende und beleuchteten die eigenartige Tätigkeit des „wackeren“ Arbeitervertreters Behrens. Es gelang unserer Fraktion, sowohl den Kommissionsanträgen zugunsten des Chorpersonals als den zugunsten der elsäß-lothringischen Bergarbeiter eine weit schärfere und wirksamere Form zu geben. Am Mittwoch stehen kleinere Vorlagen zur Beratung.

Zur Reichsfinanzlage.

Wie der Abschluß des Etatsjahres 1906, bietet auch der des Rechnungsjahres 1907 ein recht trübes Bild. Bisher liegt nur der vorläufige Rechnungsabluß für das letzte Finanzjahr vor und einzelne Zahlen werden sicherlich noch bei der Nachprüfung eine Berichtigung erfahren; im ganzen aber läßt sich nach den vorläufigen Ziffern die Lage ziemlich genau beurteilen. Was zunächst auffällt, ist der geringe Ertrag der bei der letzten Reichsfinanzreform bewilligten neuen Steuern. Nach dem Etatsanschlag sollten sie an 99 Millionen Mark einbringen, tatsächlich haben sie noch nicht 66 Millionen geliefert. Ferner hat die Reichspostverwaltung einen Minderertrag von 13 Millionen Mark ergeben und die Börsensteuer ist um 15 Millionen Mark hinter dem Anschlag zurückgeblieben. Wenn trotzdem der Etat mit einem geringen Überschuf von zirka 6 Millionen Mark schließt, so nur deshalb, weil die Zölle 42,6 Millionen Mark und die Verbrauchssteuern 10,1 Millionen Mark mehr gebracht haben, als im Vorschlag angesetzt worden ist. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild. Die Zölle und Verbrauchssteuern sind im Etat für 1907 mit 990,5 Millionen Mark eingestellt worden. Tatsächlich erbracht haben sie 1043,2 Millionen Mark oder 52,7 Millionen Mark mehr. An dem Mehr sind beteiligt: Die Zölle mit 42,6, die Zigarettensteuer mit 1,5, die Salzsteuer mit 2,5, die Brauweinverbrauchsabgabe mit 10,3, die Schaumweinsteuer mit 0,6, zusammen 57,5 Millionen Mark. Ihnen stehen Fehlbeträge gegen-

über bei der Tabaksteuer mit 0,5, Zuckersteuer 0,1, Mailchbottichsteuer 3,6 und Bransteuer 0,6, zusammen 4,8 Millionen Mark. Spielkartenstempel und Wechselstempelsteuer haben zusammen 19,1 Millionen Mark oder ein Mehr von 3 Millionen gegenüber dem Etat abgeworfen. Die statistische Gebühr hat den Etatsanlag um 0,2 Millionen Mark überschritten. Damit sind aber vorläufig die Etatsüberschüsse zu Ende. Gleich die Überweisungssteuern weisen einen beträchtlichen Fehlbetrag auf. Die Börsensteuer hat eine Einnahme von 32,9 Millionen Mark oder ein Weniger von 15 Millionen Mark erbracht. Das Mehr bei der Lohsteuer in Höhe von 2,3 Millionen mindert diesen Fehlbetrag nur auf 12,7 Millionen herab. Noch beträchtlicher ist das Minus bei den neuen Steuern. Sie waren im Etat mit 92,8 Millionen Mark ausgeworfen. Erbracht haben sie 65,7 Millionen, so daß ein Fehlbetrag von 27,1 Millionen Mark verbleibt. Nur der Frachtkundenstempel hat mehr eingebracht, als von ihm erwartet wurde. Sein Überschuf macht 19 Millionen Mark aus. Alle übrigen hierher gehörigen neuen Steuern haben die Etatsansätze nicht erreicht. Hinter ihnen sind zurückgeblieben die Personenzugfahrkartensteuer mit 11,8, die Kraftfahrzeugsteuer mit 1,3, die Steuer auf Vergütungen für Ausschrittsmitglieder mit 5,6 und die Erbschaftsteuer mit 10,3 Millionen Mark. Dem Mehr von 1,9 steht demnach ein Gesamtweniger von 28 Mill. Mark gegenüber. Diese gesamten Einnahmen waren im Etat mit 1187,5 Millionen Mark angesetzt. Sie haben 1203,6 Millionen Mark erbracht. Den Überschüssen von 52,7 Millionen Mark bei Zöllen und Verbrauchssteuern, 3,2 Millionen beim Spielkartenstempel usw., zusammen 55,9 Millionen stehen an Fehlbeträgen 12,7 Millionen bei den Überweisungssteuern und 21,1 Millionen bei den neuen Steuern, zusammen 39,8 Millionen gegenüber, so daß hier ein Überschuf von 16,1 Millionen Mark verbleibt. Aber auch dieser wird noch verringert, wenn Post- und Eisenbahneinnahmen in Betracht gezogen werden. Zwar die Eisenbahnverwaltung hat bei einer Einnahme von 121,2 Millionen einen Überschuf von 3,3 Millionen Mark abgeworfen, die Post ist aber mit 597,1 Millionen hinter dem Etatsanlag um 13,1 Millionen zurückgeblieben, so daß sich hier ein Fehlbetrag von 9,8 Millionen Mark ergibt. Rechnet man diesen von dem obigen Mehr ab, so bleibt für alle diese Einnahmezweige ein Überschuf über den Etat in Höhe von 6,3 Millionen Mark. Wo bleiben da alle die Ausgaben für Marine, Nordostseekanal, Reichseisenbahnen, Heer, Beamtenehältererhöhung usw., die die Regierung plant und sich zum Teil schon durch den Block hat bewilligen lassen? Immer höher steigt das Defizit.

Nationalliberaler Parteitag.

Welch reizender Zufall! Während in der blockfreien Presse immer mehr das Bestreben zutage tritt, eine neue Fraktionsgemeinschaft von Badnick, Fischbeck, Koppf und Wiener bis zu Baffermann, Leidig und Demmer zu gründen, und Wahlbündnisse in diesem Sinne, die sich über ganze Provinzen erstrecken, ersucht werden, halten die preussischen Nationalliberalen soeben in Magdeburg eine Heerschau ab, die an reaktionärer Liebdegenerei ihresgleichen sucht. Was ganz unmöglich schien, ist jetzt Ereignis geworden: selbst bei der typischen Korruptionspartei, den Nationalliberalen, hat die Blockpolitik noch neue korumpierende Folgen gezeitigt! Selbstverständlich hielt Baffermann zur Einleitung seine fällige Blockrede. Sie war ein einziges Loblied auf die Blockpolitik und ihre „liberalen Erfolge“. Den Kernpunkt der Verhandlungen aber bildete die Erörterung über die preussische Wahlrechtsreform. Hierzu hatte der Zentralvorstand der Partei einen Wahlaufwurf ausgearbeitet, aus dem folgendes zitiert sei:

Nachdrücklich fordern wir schleunige Inangriffnahme der Reform des preussischen Landtagswahlrechts. Von der Einführung des Reichstagswahlrechts ist abzugehen. Die Reform hat den veränderten tatsächlichen Zuständen und dem Rechtsbewußtsein unserer Zeit zu entsprechen. Deshalb verlangen wir Neuerteilung der Wahlkreise, die jedoch nicht einseitig die Bevölkerungsziffer berücksichtigen darf, sondern der geschäftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der verschiedenen Landesteile und Bevölkerungsdichten Rechnung zu tragen hat. Wie verlangen bei Bemessung des Wahlrechts bei

einzelnen Bürgers neben der Bewertung der Steuerleistungen die Heranziehung ideeller Momente, die den Wert der einzelnen Persönlichkeit für den Staat bestimmen. Wir wollen endlich, um dem Wähler zu ermöglichen, das ihm anvertraute Wahlrecht frei und uneingeschränkt auszuüben, die direkte durch die direkte und die öffentliche durch die geheime Stimmabgabe ersetzen.

Das sind also die Forderungen, die dem „Rechtsbewußtsein unserer Zeit“ entsprechen! Auch der umfängliche Hinweis auf Berücksichtigung des „historischen Gewordene“ fehlt nicht, womit der nationalliberale „Kampf“ um die preussische Wahlreform glücklich dem Kampf der Junker und Pfaffen um das selbe hohe Ziel so ähnlich geworden ist, wie ein faules Ei dem andern. Diese Übereinstimmung trat in der Debatte noch stärker hervor. Der Landtagsabgeordnete Friedberg ließ sich von der Versammlung bestätigen, daß die Partei stets „Mäßigung“ gezeigt habe, hielt eine donnernde Philippika gegen die Polen, kündigte an, daß die Nationalliberalen auch noch stärkere Maßregeln gegen sie zustimmen müßten, und sein Kollege Dr. Krause sagte wortlich:

Gewisse Fehler des Reichstagswahlrechts wollen wir nicht noch einmal machen, und der Hauptfehler des Reichstagswahlrechts ist, daß lediglich die Masse entscheidet. Man sollte aber die Stimmen nicht nur zählen, sondern wägen. Wie das in einzelnen gemacht wird, das zu entscheiden, ist nicht unsere Sache; sondern Sache der Regierung. Ich denke es mir vielleicht so, daß man nicht nur die Entscheidung nach der Steuer, sondern auch nach Bildung, Alter und einer gewissen Selbstständigkeit maßgebend sein läßt.

Wunderschön! Billow und die Junker mögen den Rummel nur machen, — wir stimmen schon zu! Übertrumpft wurde Herr Krause freilich durch den Landtagsabgeordneten Gayel, der betonte:

Wenn die Regierung im Landtage eine Vorlage einbringe, die sonst den liberalen Wünschen entgegenkomme, aber die öffentliche Stimmabgabe enthalte, werde ich der Liberalismus zufrieden geben.

Womit denn glücklich die letzte „Reform“ preisgegeben ist, und wenn sich nach diesen Ausführungen auch etwas Opposition erhob, so zeigen sie doch, wie sehnsüchtig eine neue Erklärung Billows, daß alles — beim alten bleibt, erwartet wird. Und zu guter Letzt noch ein Stückchen nationalliberale Sozialpolitik aus dem Wahlausruf! Darüber heißt es:

Es ergibt sich die Verpflichtung zu einer kraftvollen, tiefgreifenden Sozialpolitik, die sich jedoch nicht auf die Arbeiter beschränken darf, sondern auch den Mittelstand, die öffentlichen und Privatbeamten umfassen muß. Doch darf sie nicht die Grenzen überschreiten, die jeder Sozialpolitik durch die notwendige Erhaltung unserer Leistungsfähigkeit im wirtschaftlichen Wertkampf der Völker und durch die Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeitgeber gezogen sind.

Man braucht nicht weiter erläutern, was die Herren Beumer, Hilka, Leidig und Heyl unter dieser „Abgrenzung der Grenzen“ verstehen!

Der Berliner Sozialdemokratische Frauenwahlverein verboten.

Am 21. April 1908 hat der neue Polizeipräsident v. Stubenrauch den Sozialdemokratischen Frauenverein Berlin verboten. Das ist drei Wochen vor dem Termine geschehen, von dem an sämtliche polizeigetzliche Schranken für die Frauen fallen sollten! Der frühere Polizeipräsident hat wiederholt die Gesetzmäßigkeit des Sozialdemokratischen Frauenwahlvereins bejaht! Und vor 1 1/2 Jahren wurde in Berlin eine liberale Frauenpartei gegründet, die sich in Anwesenheit der Polizei ein festes organisatorisches Gefüge gab und einen Vorstand wählte. Dieser politische Verein ist aber nicht nur von dem früheren, sondern auch von dem jetzigen Polizeipräsidenten als gesetzmäßig behandelt worden! In Preußen sind eben nicht alle Personen vor dem Geleze gleich! Am 15. Mai 1908, am Tage des Inkrafttretens des Vereinsgesetzes, werden die sozialdemokratischen Frauen in die bestehenden Wahlvereine treten.

Zu dem Breslauer freisinnigen Garafiri, von dem wir gestern berichteten, schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Es ist ja möglich, daß die Freisinnigen aus eigener Kraft die Mehrheit der Wahlmänner gewinnen; wir würden uns freuen, wenn es geschieht. Aber die Wahrscheinlichkeit spricht dagegen. In diesem Falle könnten die drei Reaktionen abermals die Rolle des lachenden Dritten spielen. Wir sind nicht für ein allgemeines Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie. Aber wenn, wie im Breslauer Fall, der Freisinn sich zwei Mandate sichern kann für den Fall, daß er den Sozialdemokraten das dritte abtritt, dann erscheint es uns sehr töricht, einen solchen Pakt abzulehnen und die zweitgrößte Stadt der Monarchie an die Reaktionen auszuliefern. Eine solche Taktik hätte nur dann einen Sinn, wenn der Freisinn die Sozialdemokratie grundtätig aus dem preussischen Abgeordnetenhaus fernhalten wollte. Das kann er aber nicht wollen; das wollen nicht einmal die sächsischen Konservativen, die vielmehr der Sozialdemokratie eine gewisse Vertretung in der Zweiten sächsischen Kammer zu sichern entschlossen sind. Man mag sich deshalb umsehen, weshalb die Freisinnigen die Stadt Breslau den Konservativen und dem Zentrum überlassen und leer ausgehen wollen, nur damit die Sozialdemokraten auch nichts bekommen.

In den Zeiten der Blockpolitik bemühen sich eben die preussischen Freisinnigen, die sächsischen Konservativen an reaktionärer Gefinnung noch zu übertrumpfen.

Rußland.

Die Mörder von Jalofoff begnadigt. Man schreibt aus Petersburg: Von den Begnadigungen der Pogromhelden, an die man sich allmählich gewöhnt, ist die der Raubmörder von Jalofoff die haarsträubendste, sowohl der Personlichkeit der Verbrecher als des Zeitpunktes wegen, an dem die Begnadigung erfolgt. Von den Hooligans, welche der Teilnahme am Jalofoff-Pogrom beschuldigt werden, sind bis jetzt nur diejenigen gerichtet worden, welche den Pogrom an der Eisenbahnhauptstation Jalofoff veranstaltet haben. Die Untaten an der

Eisenbahnstation sind die grausamste Episode des ganzen Pogroms. Auf der Station wurden Juden, die mit den Zügen ankamen und nichts ahnend sich auf den Perron hinauswagten, von Hooligans überfallen und nach schrecklichen Quälereien ermordet, im Beisein und unter Anwesenheit der ganzen Stationsverwaltung und des Militärs. Der Stationschef selbst und einige Stations-Bedienstete haben an dem Morden teilgenommen. Die erste Gerichtsuntersuchung ergab solche Resultate, daß das Gericht nach den ersten Sitzungen sich genötigt sah, Vertagung einzutreten zu lassen, um die ganze Sache einer neuen Untersuchung zu unterziehen. Das zweite Gericht verurteilte die Schuldigen zu Zwangsarbeit und zum Verlust der bürgerlichen Rechte. Nun sind alle diese Helden begnadigt worden. Einem, Demjanitschenko, sind acht Jahre Zwangsarbeit in ein Jahr Gefängnishaft verwandelt worden. Demjanitschenko hat folgendes getan: Als einige verwundete Juden auf dem Plage vor dem Bahnhof liegen blieben, eilte er herbei und zerschmetterte ihnen die Schädel mit seinem Fuße und mit einem Stein. Nach dieser Heldentat trat er ruhig beiseite und reinigte seine blutbedeckten Stiefel im Grase. Die Nachricht von dieser Begnadigung wird von den Organen des Verbandes des russischen Volkes unter der fettgedruckten Überschrift „Kaiserliche Gnade“ im Volke verbreitet. Der Chef der Regierung will anscheinend neue Pogrome verhüten und der Kaiser begnadigt in derselben Zeit diejenigen, die sich schwerer, unmenslicher Verbrechen schuldig gemacht haben. Welche Wirkung unter diesen Umständen ein Zirkular Stoljpins, das Maßregeln gegen Pogrome empfiehlt, haben kann, ist leicht begreiflich. Es ist kein Wunder, daß bei solchen Verhältnissen immer von neuem beunruhigende Nachrichten aus der Provinz kommen.

Italien.

Nasi wiedergewählt. Der frühere Minister Nasi wurde mit 2691 Stimmen zum Deputierten wiedergewählt. Die beiden Gegenkandidaten erhielten zusammen 581 Stimmen. Man kennt den sonderbaren Geschmack der Sizilianer, der sich durch solche Kleinigkeiten, wie das Urteil des Senats, das Nasi ins Gefängnis schickte und ihm die Ehrenrechte aberkannte, nicht beirren läßt. Da aber die Kammer anderer Ansicht sei und das Mandat hasserter dürfte, so muß man auf die Wiederholung des anmutigen Spieles gefaßt sein.

Marokko.

Ein französischer Erfolg. General d'Amade telegraphierte vom 24. aus Kasbah Ben Ahmed, daß eine kleine Abteilung der französischen Truppen Ruhe und Sicherheit auf dem Gebiete der Achach herstellte, von denen zwei Raids ihre Unterwerfung gaben. Zahlreiche Dorfbesohner hatten sich in die Berge geflüchtet, deren Abhänge von einer großen Zahl marokkanischer Reiter bedeckt waren. Die Marokkaner wurden bis Qued Tunesja zurückgetrieben. Nachmittags besetzten die französischen Truppen die Anhöhen am linken Flußufer, worauf der Rückzug des Feindes in offene Flucht ausartete. Die französischen Truppen, von denen fünf Mann verletzt wurden, sind sodann unter Führung des Generals d'Amade nach Kasbah Ben Ahmed zurückgekehrt. Die umwohnenden Stämme haben sich den Franzosen unterworfen.

Maisali nicht ermordet. Die Nachricht von der Ermordung Maisalis ist, wie das Reutersche Bureau aus Tanger meldet, vollkommen unrichtig.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 27. April 1908.
(Schluß).

Der nächste Senatsantrag betrifft die Krankenkasse der Sittenpolizei.

Der Senat beantragt, daß die bisherige „Separatkasse“ der Polizeiämter in Zukunft als „Krankenkasse der Sittenpolizei“ auf Grund eines besonderen Regulativs unter Aufsicht der Rechnungsbehörde vom Polizeiamte verwaltet werde und daß die bei der Kasse vorhandenen Bestände, die sich einschließlich der belegten Kapitalien auf rund 28000 Mark belaufen, der Krankenkasse der Sittenpolizei beizulegen werden.

Dr. Wittern: Ich werde gegen den Senatsantrag stimmen, weil die Gelder der S-Kasse nicht auf legalem Wege erhoben worden sind.

Wissell: Dem Senatsantrage ist so gut wie gar keine Begründung beigegeben worden; schon deshalb ist es unmöglich ihm zuzustimmen. Es handelt sich bei der S-Kasse um Gelder, die auf ungesetzlichem Wege von den Prostituierten und Bordellwirten abgefordert worden sind. Leider besteht nicht die Möglichkeit, das Geld wieder zurückzuerstatten zu können; da es jedoch einmal da ist, so halte ich es für am zweckmäßigsten, es zur Errichtung eines Wädnerinnenheims zu verwenden, was ich hiermit beantrage. Gleichzeitig beantrage ich, die ganze Vorlage an eine Kommission zu verweisen; dort kann der Senat seine Gründe vorbringen, die er anscheinend nicht gern der Öffentlichkeit unterbreiten will. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Dr. Wittern: Ich begrüße den Antrag auf Kommissionsberatung; die Kommission wird auch zu prüfen haben, ob es richtig ist, die Verwaltung der Kasse einzig dem Polizeiamt zu unterstellen oder ob die Bürgerschaft sich ein Mitbestimmungsrecht wahren will.

Senator Kulenkamp befürwortet den Senatsantrag; das Geld soll im Interesse der Prostituierten verwandt werden. Die Rechnungsbehörde wird die Kasse zu prüfen haben.

Dr. Wehke tritt dafür ein, daß auch Prostituierte, die hier krank ankommen, auf Kosten der S-Kasse geheilt werden.

Dr. Ziehl bittet darum, die Vorlage möglichst heute zu verabschieden; die Sache hat dem Rufe Lübeck's nur geschadet.

A. Wape meint, gerade Dr. Ziehl, der doch den Antrag auf Einführung der zweiten Lesungen gestellt habe, müsse für kommissarische Prüfung der Vorlage stimmen.

Wissell befürwortet nochmals seine Anträge; dieselben müssen schon aus Gründen der christlichen Weltanschauung angenommen werden.

Darauf wird der Senatsantrag angenommen, die Anträge Wissell abgelehnt.

Wissell beantragt nunmehr: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldigst eine Vorlage entgegenzubringen, die die Errichtung eines Wädnerinnenheims vorsieht.

Der Wortführer erklärt, daß er diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftsversammlung setzen werde.

Debatte losgenehmigt wird der Senatsantrag betr. Änderung des Nat- und Bürgerrechts vom 26. Februar 1902, betreffend die Kommando- zulaufe der Schutzleute.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Änderung der genehmigten Baupläne für die Zentralstrafanstalt.

A. Wape bemängelt die beabsichtigte Änderung des Bauplans.

Lauenstein meint, daß man auch in Jarcksdorf das Grubensystem für ausreichend erachten kann, wenn dasselbe bei der Strafanstalt genügt.

Der Senatsantrag wird angenommen; ebenso debattelos die Senatsanträge betr. Versorgung des Zentralgefängnisses mit Gas und Wasser und Umtausch von Ländereien mit dem Fabrikanten Hr. Kaiser westlich der Schwartauer Allee.

Beim Senatsantrag betr. Feststellung der im Rechnungsjahre 1908 in den Vorstädten auszuführenden Wege- und Sielarbeiten wünscht Schwabroch die Sentung in der Jachenburger Allee zwischen der Eisenbahnbrücke und der äußeren Holstenbrücke beseitigt und daß die Jachenburger Allee vor der äußeren Holstenbrücke verbreitert wird.

Baatsch beantragt die Beleuchtung der Holstenstraße in der gleichen Weise vorzunehmen, wie in der Straße vor dem neuen Bahnhof geplant ist.

Ziele regt eine Verbesserung der Verhältnisse in der Kahlhofs- und Dorfstraße an.

Giermann wünscht eine häufigere Bepflanzung der Jachenburger Allee.

A. Wape kritisiert die miserablen Straßenverhältnisse in der Genetinnenstraße.

A. Wape meint, daß in der Vorstadt St. Lorenz zu viel gepflastert wird, ohne daß davon jemand Nutzen hat; so wird die Bahnhofsstraße bereits zum vierten Male gepflastert. Redner weist auf die festsam ausgestaltete Vielandsbrücke hin und kritisiert den Zustand verschiedener Straßen vor dem Holstentor. Wenn nur ein Senator, die Straßen passieren wollte, würde schon bald eine Besserung erfolgen.

Lauenstein bemängelt, daß die Zuegung zur Meierstrassenbrücke noch nicht fertig gestellt ist. Redner wünscht, daß von Seiten des Staates dafür gesorgt wird, daß beispielsweise die Jachenburger Allee ordentlich gepflastert wird. Wenn die Steinleger streiken, so darf das nicht dazu führen, daß das Staatswesen darunter leidet. Eine Pflasterung des Lohmühlenweges ist ferner notwendig. Buchwald wendet sich gegen die Einführung der elektrischen Beleuchtung in der Holstenstraße aus finanziellen Gründen.

Böger bemängelt den Zustand der Dornestraße bei dem Hause Nr. 60; dort bildet sich bei Regenwetter ein kleiner See, dessen Wasser keinen Abfluß hat, sondern verdunstet muß.

In der weiteren unerheblichen Debatte beteiligten sich noch G. Lasau, Baatsch, A. Wape und Ziele.

Der Senatsantrag wird angenommen, der Antrag Baatsch abgelehnt.

Beim Senatsantrag betr. den Etat der Verwaltungskosten des Hauptzolles für das Rechnungsjahr 1908 bittet

Wissell, die Veratung dieses Stats in Zukunft vor dem 1. April, mit welchem Tage der Etat in Kraft tritt, vornehmen zu lassen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Auswechslung von Gas- und Wasserhauptrohren an der Obertrave.

Wangels wünscht, daß die Gas- und Wasserrohre gleichzeitig verlegt werden, damit die Straßen nicht zweimal aufgerissen werden. Nötig ist auch, daß die Arbeit beschleunigt wird. Weiter fragt Redner an, wie die Verbreiterung der Holstenbrücke gedacht ist; es ist wohl in Erwägung zu ziehen, einen der alten Salzpecher zu beseitigen. Eine provisorische Fußgängerbrücke ist erforderlich.

Senator Dr. Eschenburg: Die Verbreiterung der Holstenbrücke wird von der Baudeputation seit langem erwogen, jedoch ist die Ausführung des Projekts sehr schwierig.

A. Wape: Es ist vielleicht möglich, eine Straße durch den Holstentordogen zu führen.

Senator Dr. Eschenburg: Auch diese Frage ist bereits geprüft worden; eine Hebung des Holstentores ist vielleicht möglich, doch würden sich die Kosten auf 80000 Mk. stellen und weiter würde es fraglich sein, ob das Tor die Hebung aushält.

G. Lasau hält es für einen Mißstand, daß die Straßenbahnhöfen bei den alten Salzschuppen halten; dadurch wird der Fuhrwerksverkehr erschwert.

Lauenstein bestätigt das.

Lippert eine Änderung wird demnächst eintreten.

Darauf wird der Senatsantrag angenommen.

Der Antrag Aufhebung der Freischulen und Staffelung des Schulgeldes nach der Einkommensteuer (Kommissionsbericht.) wird von der Tagesordnung abgelehnt, um den neuen Mitgliedern der Bürgerschaft erst die alten Unterlagen besorgen zu können.

Zur Beratung steht nunmehr der Bericht der Kommission der Bürgerschaft zur Prüfung des Antrages Wissell vom 27. Mai 1907: den Senat zu ersuchen, in Zukunft bei der Vergütung öffentlicher Arbeiten den Unternehmern die Innehaltung bestimmter Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzuschreiben.

Landrichter Dr. Meyer: Die Mehrheit der Kommission hat sich nur mit den praktischen Bedürfnissen des Tages beschäftigt, deshalb ist sie zur Ablehnung des Antrages gekommen. Redner sucht sodann im einzelnen die Ausführungen des Antragstellers, die mir ausführlich zum Abdruck gebracht haben, zu widerlegen. Die Kommission hat sich über das Wesen des Tarifvertrages nicht ausführlich geäußert, weil sie das nicht als ihre Aufgabe betrachtet hat.

Durch den Antrag Wissell wird der soziale Friede nicht gefördert, auch liegt kein Bedürfnis für denselben vor. In dem Gutachten Wissell's wird hauptsächlich mit Gründen gearbeitet, die mit dem Kern der Sache gar nichts zu tun haben.

Wissell wendet sich scharf gegen die Äußerungen Dr. Meyers, der ihm vollständig falsche Motive untergeschoben habe. Der Standpunkt der Kommissionmehrheit ist unsozial; er beweist, daß man nicht fähig war, das zu erfassen, was der Antrag in sich schließt. Es ist behauptet worden, ich hätte selbst zugegeben, daß sich bei dem bisherigen Verfahren bei Vergütung der Arbeiten keine Mißstände gezeigt haben; dabei heißt es im Kommissionsbericht, daß ich die Heranziehung der Frauen zu Erarbeiten als Übelstand bezeichnete. Mißstände und Übelstände sind meines Erachtens dasselbe. Die Mehrheit der Kommission lehnte meinen Antrag ab, weil durch denselben nur den jeweilig Stärkeren, welche die Tarifbedingungen der anderen Partei aufzwingen, genügt würde. Obwohl gegenwärtig vielleicht die Unternehmer noch in der Regel als die Stärkeren zu bezeichnen sind, wünschen wir, daß die vereinbarten Tarife als Grundlage für die Vergütung von staatlichen Ar-

behalten benützt werden sollen. Verbrechen Sie sich doch nicht die Köpfe darüber, was eventuell den Arbeitern schaden könnte. Redner weiß sodann speziell die Einwendungen des Dr. Meyer gegen seinen Antrag als völlig unzutreffend zurück. Auch der Reichstag habe vor kurzem einen ähnlichen Antrag angenommen, und was man für das Reich für nützlich halte, könnte auch in Lübeck nicht schaden; er bitte wiederholt um Annahme seines Antrages.

Brecht meint, daß es nützlich ist, derartige Fragen auch in Zukunft einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Der Bericht bietet viel Material; die dort niedergelegten Ansichten der Mehrheit der in Frage stehenden Kommission sind nicht unsozial gedacht, wie Herr Wissell sagt, sondern sind aus den tatsächlichen bestehenden Verhältnissen heraus entstanden. Der Staat kann nicht ohne weiteres Tarife anerkennen, auf deren Abschluß er keinen Einfluß hat und die oft erst nach langen Kämpfen zustande gekommen sind. Man muß auch die Verhältnisse in der Großindustrie betrachten; so hat sich beispielsweise der Zentralverband deutscher Industrieller gegen die Tarifbestrebungen ausgesprochen. Diese Äußerung einer großen Organisation ist doch sehr zu beachten. Unbegreiflich ist es mir, wie man auswärtige Unternehmer auf hiesige Lohn- und Arbeitsbedingungen verpflichten kann. Es ist gemeint worden, auch der Staat müsse Tarife abschließen; der Staat hat aber kein Interesse daran, den Arbeitern möglichst hohe Löhne zu zahlen. Er müßte dann auch beispielsweise Bestimmungen treffen, nach welchen die Arbeiter sich verpflichten, auf ihre Kollegen keinen Organisationszwang auszuüben, ebenso dürften die Arbeitgeber bei Einstellung der Leute nicht die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur Organisation zur Bedingung machen. Redner erklärt sich für die Ablehnung des Antrages Wissell.

A. Bape: Wenn der Staat im Interesse der Allgemeinheit bant, so kann man derartige Bestimmungen, wie sie Herr Wissell wünscht, gern erlassen. Ich glaube, der Antrag Wissell ist von der Kommissionmehrheit nur deshalb abgelehnt worden, weil er von sozialdemokratischer Seite gestellt worden ist. (Widerspruch.) Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß dieser Tage in Magdeburg auf dem nationalliberalen Parteitag ein Gesinnungsgenosse des Herrn Dr. Meyer, Geheimrat Dr. Friedberg, sich für die Förderung der Tarifbestrebungen ausgesprochen hat; hier handelt man jedoch ganz anders. Nicht richtig ist es, daß man den auswärtigen Unternehmern die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen vorschreiben will.

G. Lafau: In Lübeck sind die Organisationen der Arbeiter stark genug, um sich günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Es ist bereits soweit gekommen, daß manchmal die Unternehmer den Arbeitern gehorchen müssen.

Beters: Die Tarifverträge schweben in der Luft; es ist dringend vor denselben zu warnen. Ich möchte um Ablehnung des Antrages Wissell bitten.

Landrichter Dr. Meyer sucht in seinem Schlußwort nochmals die Haltung der Kommissionmehrheit zu rechtfertigen und zitiert endlich einen Artikel des Reichsarbeitsblattes, nach welchem in verschiedenen Konsumvereinen die Lohn- und Arbeitsbedingungen recht schlechte sind.

Wissell: Landrichter Dr. Meyer hat diese Statistik hier angeführt, um der Sozialdemokratie eins auszuweisen. Er hätte aber sagen müssen, daß diese Statistik von den Arbeitern selbst aufgenommen worden ist, um eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Die angeführten Orte, wo die Löhne so niedrig sind, sind kleine Nester, in denen die Privatunternehmer noch niedrigere Löhne zahlen. Herr Dr. Meyer hätte, wollte er richtige Vergleiche ziehen, die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen sollen; er hätte sich auf den hiesigen Arbeiterkonsumverein berufen müssen, der seinen Angehörten viel bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt, als es von Privaten geschieht. Redner bittet nochmals um Annahme seines Antrages.

Die Bürgerschaft lehnt darauf den Antrag Wissell ab. Zur Berlesung gelangt sodann die Eingabe der Witwe des verstorbenen Paul Hagenström, betreffend Gewährung einer Witwen- und Waisenpension. Auf Antrag Wissell wird die Eingabe dem Bürgerausschuß zur näheren Prüfung überwiesen. Schluß 10 Uhr 20 Minuten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 29. April.
Achtung Maurer! Über sämtliche Bauarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Görner und Heidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zugang von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.
Achtung, Steinscher und Pilsarbeiter! Zugang ist fernzuhalten nach Lübeck, Rübtheen, Dassow, Rüdich und Neu münster.
Zugang von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.
Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüterdamm 10, sowie H. Dornmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.
Schuhmacherstreik in Hamburg-Altona, Wandsdorf und Bergedorf! Am 27. April sind in Hamburg, Altona und Bergedorf die Schoschuhmacher in den Streik eingetreten. Wir richten nun die Bitte an alle Schuhmacher-Organisationen des In- und Auslandes, uns in diesem Kampf kräftig zu unterstützen, indem der Zugang nach hier streng ferngehalten wird. Ferner ersuchen wir die Kollegen, sorgfältig darauf zu achten, daß keine Streikarbeit für Hamburg angefertigt wird.

Die Streikkommission.

Arbeitsruhe am 1. Mai haben die auf der Lübeck-er Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter beschlossen. Trotdem durch Anschlag angeordnet worden ist, daß diejenigen, welche am 1. Mai der Arbeit fernbleiben, bis zum 11. Mai ausgeperrt werden sollen, werden die Arbeiter einmütig den Montag feiern, unbekümmert darum, ob die Scharfmacherpresse, die jede noch so unbegründete Aussperrung mit Jubel begrüßt, sie nachher zu verunglimpfen suchen wird.
Die Bürgerschaft hielt am Montagabend eine Sitzung ab, deren Tagesordnung mancherlei sehr interessante Punkte aufwies. Zunächst stand zur Beratung der Antrag auf Ankauf der neuen Lübecker Straßenbahn. Einmütig und ohne Debatte wurde dieser Senatsvorlage zugestimmt; leider unterließ man es, der geplanten Bewachung der angekauften Bahn an die Lokals- und Straßenbahngesellschaft entgegenzutreten. Dem Theaterdirektor Piorkowski wurden 3000 Mk. nachbewilligt. Genosse Wissell wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß der jammervolle Besuch der Stadthalle im letzten Winter, der das Repertoire zweifellos ungünstig

beeinflusst hat, eine wenig erfreuliche Perspektive für das neue Stadttheater eröffnet. Der Meinung sind wir auch, zumal Lübeck ja im kommenden Winter nicht weniger als drei Bühnen, auf denen ständig gespielt wird, besitzt. Das Geld in seinem Beutel, so wird es wahrscheinlich heißen.
Zu einer scharfen Kritik durch unsere Genossen gab sowohl der Senatsantrag auf Deckung des aus dem Pfahnp-Prozess bekannten Fehlbetrages in der Polzeikasse als auch derjenige, nach welchem die verachtete Klasse in eine Kranenklasse der Sittenpolizei umgewandelt werden soll, Veranlassung. Genosse Wissell geißelte mit Recht das System, durch welches derartige Unterschleife und Fälschungen, wie sie Pfahn begangen hat, möglich waren und lange unentdeckt bleiben konnten. Niemand aus der Mitte der Bürgerschaft konnte die Richtigkeit dieser Ausführungen bestreiten oder entkräften. Herr Lüth, der als Geschworener den Prozeßbehandlungen beigewohnt hat, gab der Ansicht Ausdruck, daß eine schlimmere Wirtschaft nicht denkbar sei, als sie auf der Polzeikasse geherrscht habe.

Während vom Senatstische zugegeben werden mußte, daß Mängel im System vorhanden und zum Teil beseitigt worden sind, wird es in dem der Bürgerschaft zugegangenen Bericht der Rechnungsbehörde so hinzustellen versucht, als ob die Polzeikassenverwaltung eine völlig geordnete gewesen sei. Dieses Besichtigungsverfahren hat in der Hauptsache den Anlaß zu den ganzen Debatten. Die Klasse liegt den erstklassigen Bürgerchaftsmittgliedern schwer im Magen; sie mögen davon am liebsten nichts mehr sehen und hören. Das ging besonders deutlich aus den Worten des Herrn Dr. Ziehl hervor. Anstatt aber tabula rasa zu machen und die ganze Klasse in den Dokus zu versenken, will man dieselbe nur unter veränderter Firma weiter führen. Daß die erbobenen Gebühren dadurch gesenkt werden, möchten wir denn doch bezweifeln. Den Antrag des Genossen Wissell, die angestammten 28 000 Mark, die leider nicht zurückerstattet werden können, zur Errichtung eines Wöchnerinnenheims zu verwenden, lehnte die Bürgerschaft ab, ebenso den Antrag auf kommissarische Prüfung der völlig unbegründeten Senatsvorlage. Die Errichtung eines Wöchnerinnenheims wird die bestehenden Körperchaften demnächst weiter beschäftigen, da Genosse Wissell einen diesbezüglichen Initiativantrag sofort einbrachte.

Der Senatsantrag betr. Festlegung der im Rechnungsjahre 1908 in den Vorstädten auszuführenden Wege- und Solararbeiten bot willkommene Gelegenheit zur Kritik des verbesserungsbedürftigen Zustandes verschiedener Straßen. Auch unsere Genossen Bape und Böger beteiligten sich an dieser Aussprache. Besonders gerügt wurde es, daß infolge des Streiks der Steinleger und Kammer die Straßenpflasterung sehr im argen liegt; wenn die Unternehmer den Arbeitern kein Entgelt entgegen kommen wollen, so muß der Staat eben die Arbeiten in eigener Regie vornehmen lassen. Dabei fällt ihm noch der Verdienst zu, den jetzt die Meister einstecken. Es geht nicht, daß die Staatsinteressen unter der Partnachigkeit einzelner Unternehmer leiden.

Sehr lehrreich für die Arbeiterschaft war die Beratung des Antrages Wissell, den Senat zu ersuchen, in Zukunft bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten den Unternehmern die Innehaltung bestimmter Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzuschreiben. Die Kommissionmehrheit hat diesen Antrag beinahe abgelehnt und für diese Stellungnahme eine Begründung gegeben, welche die ganze Arbeiteröffentlichkeit der herrschenden Klassen widerspiegelt; nicht so sehr in den geschriebenen Worten als in der ganzen Tendenz. Landrichter Dr. Meyer, der Verkländer der "Objektivität" der "guten" Preise vom Schlage der "Lübecker Anzeigen", bemühte sich frampfhaft, das Gutachten des Genossen Wissell dadurch abzuschwächen, daß er denselben nachsagte, es drücke sich um den Kern der Sache herum und indem er andeutete, daß der Antrag Wissell aus Parteirücksichten gestellt worden sei. Sachlich sagte er nichts von irgend welcher Bedeutung. Auch der Lübeck-Büchener Bahn-Direktor Brecht erklärte sich gegen den Antrag Wissell, weil derselbe die Tarifverträge fördern will und der Zentralverband der Industriellen sich gegen die Tarifbestrebungen ausgesprochen hat. Man muß den Meinungsäußerungen solcher großen Interessentengruppe erhebliches Gewicht beilegen, meinte der Herr Geheimrat; daß die weit größeren Organisationen der Arbeiter die gegenteilige Ansicht vertreten, ist ihm anscheinend nicht der Beachtung wert. Am schärfsten vertrat Beters den brutalen Unternehmerstandpunkt. Auch der frühere Streikführer und Sozialdemokrat Lafau erklärte sich gegen den Antrag Wissell und jammerte über die Arbeiter, welche die Unternehmer angeblich unter ihre Vormachtigkeit bringen wollen.

A. Bape wies auf die Tatsache hin, daß Nationalliberale gelegentlich in der Theorie für die Förderung der Tarifbestrebungen eintreten, in der Praxis jedoch anders handeln. Dieser Stich galt dem Landrichter Dr. Meyer, der allerdings den Freisinnigen mit gleicher Münze hätte dienen können, was er jedoch unterließ. Nach echter Reichsverbandsmannier benutzte Landrichter Meyer in seinem Schlußwort den Trick, der Sozialdemokratie dadurch eins auszuweisen, daß er die von uns bereits wiederholt kommentierte Statistik, nach welcher viele Konsumvereine schlechte Arbeitsverhältnisse aufweisen, völlig umotiviert mit dem Antrag Wissell zu verbinden suchte; er zeigte sich dabei als ein gelehriger Schüler des durch seine "ehrlüche" Bekämpfung der Sozialdemokratie berühmten Amtsblattes. Genosse Wissell rückte dieses noble Verfahren denn auch in das richtige Licht, er zerpflückte die fadenscheinigen Gründe der Kommissionmehrheit, deren Haltung er mit Recht als unsozial bezeichnete, gründlich und hat vergeblich um Annahme seines Antrages. Die erstklassigen Bürgerschaftsmittglieder, welche weite Volkschichten minderen Rechts gemacht haben, lehnen alles ab, was im Interesse der Arbeiter liegt; also auch den Antrag Wissell. Bileicht werden durch diese Haltung der hauptsächlich aus Nationalliberalen bestehenden Bürgerschaft auch diejenigen den Augen geöffnet, die sich bisher noch von den glatten Worten jener Leute haben ködern lassen. Das wäre bereits eine gute Folge des abgelehnten Antrages.

Aus dem Senat. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Heintz hat Senator Dr. Neumann den Vorsitz in der Armenanstalt, Senator Dr. Vermehren den Vorsitz in der Irrenanstalt übernommen.

Die Kartellversammlung, welche am Dienstagabend im Vereinshaus tagte, nahm die Abrechnungen der Kartellkasse, des Arbeitersekretariats sowie über den letzten Laube-Abend entgegen. Diefelben wurden für gut befunden. Eine lange, aber leider wenig klärende Debatte verursachte der Bericht der Herbergskommission. Mehrere Redner gaben der Ansicht Ausdruck, daß diese Kommission nicht nur in gewissen Beschwerdefällen über die letzten Herbergen Remedur schaffen, sondern auch über die eventuelle Gründung einer unter dem Einfluß der Gewerkschaften stehenden Herberge Prüfungsvorhaben und die Vorarbeiten in die Hand nehmen sollte. Die Kommission wünschte, bevor weitere Schritte bei den Vorarbeiten unternommen würden, die Versammlungen der einzelnen Gewerkschaften zu hören. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Delegierten in ihren Gewerkschaften die Frage der Gründung einer Gewerkschafts-

schaftsHerberge zu erörtern hätten und über die prinzipielle Stellungnahme zu dem Projekt in der nächsten Kartellversammlung zu berichten haben. Gleichzeitl soll die ungefähre Zahl der pro Jahr Durchreisenden einmalfestgestellt werden. — Die Kartellversammlung setzte am Tag für das Gewerkschaftsfest den 9. August fest. — Der nunmehr zur Debatte stehende Antrag: die Bauarbeiterzuschuss-Kommission dem Gewerkschaftskartell anzugliedern, entfeßelte einen endlosen Redestrom. Man war alfeitig der Meinung, daß ein Zuschuß zu den Kosten der Bauarbeiterzuschuss-Kommission wohl angebracht sei, nur wollte man in dieser Sache nicht so weit gehen, daß das Kartell Mittel in unbegrenzter Höhe zur Verfügung stellen sollte. Der Antrag auf Anschluß an das Kartell wurde abgelehnt und beschloßen, der Bauarbeiterzuschuss-Kommission in geeigneten Fällen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Kartellkommission hat die Gelder aus der Kartellkasse vorzuziehen und der nächsten Kartellversammlung zur Nachbewilligung vorzulegen. Die übrigen Verhandlungsgegenstände boten wenig öffentliches Interesse.

Frauenversammlung. Eine außerordentlich guten Besuches hatte sich die gestrige in "Friedrichshof" abgehaltene Frauenversammlung zu erfreuen. Über 300 Personen, darunter zwei Mittel Frauen, folgten dem Vortrage der Genossin Baumann-Hamburg mit sichtlichem Interesse und spendeten der Rednerin für ihre vorzüglichen Ausführungen lebhaften Beifall. 10 Frauen erklärten ihren Beitritt zum politischen Verein; die gleiche Anzahl abonnierte die "Gleichheit". — Alles in allem: Die Frauen können mit ihren veranstalteten Versammlungen zufrieden sein. Das politische Verständnis hat durch dieselben eine Vertiefung erhalten und eine hübsche Anzahl neuer Mitstreiterinnen sind für die Partei gewonnen worden. Nun aber weiter. Es gilt das Errungene festzuhalten, die geschaffene Position immer mehr auszubauen durch rastlose, zielbewußte Agitation, durch selbstlose Hingabe und opferfreudiges Eintreten für die gute und schöne Sache des Sozialismus. Daß dies geschieht, hoffen wir bestimmt. Wir vertrauen dem guten Sinn der Genossinnen und wünschen ihnen für ihr ferneres Wirken vollen Erfolg.

Über den Aufenthalt in den Räumen des neuen Bahnhofs macht die Direktion folgendes bekannt: Auf Grund des § 78 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem hiesigen neuen Personenbahnhofe allen nicht im Dienste der Eisenbahn stehenden Personen, namentlich Dienstmännern und Hausdienern untersagt, sich zwecks Anbiederung ihrer Dienste zur Beförderung von Gepäck oder zur Ausführung anderer Befolgungen in den nachbenannten Bahnhofsräumen aufzuhalten: in der Halle und den an sie anschließenden Gängen und Treppen, sowie dem Raume vor den überdachten Eingangstüren zur Halle, in den Wartefallen 2. und 3. Klasse und auf den Bahnsteigen. Zuwiderhandlungen ziehen nach § 82 der obengenannten Ordnung Geldstrafen bis zu 100 Mk. nach sich.

pb. Einbruch. In der Nacht vom 27. bis 28. d. Mtz. wurden mittels Einbruchs in die Kontorräume einer Fabrik eine geringe Summe Geld, sowie eine größere Anzahl Freimarken als 50, 20, 10 und 5 Pfennigmarken gestohlen. Der Dieb nahm auch einen vernickelten Revolver mit.

pb. Federdiebstahl. In der Nacht vom 28. d. Mtz. wurde in Gr. Sarau ein großer schwarzbrauner Wallach mit hohlem Rücken und halblangem Schwanz gestohlen. Das Pferd ist etwa 20 Jahre alt.

pb. Als gefunden abgeliefert wurden folgende Wäschestücke: 6 Handtücher, 4 Taschentücher, 3 leinene Lächer und 1 Vorhängegardine. Die Sachen scheinen aus einem Diebstahl herzuführen. Der rechtmäßige Eigentümer kann die Sachen im Bureau der Kriminal-Polizei in Empfang nehmen.

pb. Ein Sommerüberzieher gestohlen. Am 27. d. Mtz. nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr, wurde vom Fluß eines Hauses in der Hgildienstraße ein dunkelgrauer Sommerüberzieher mit Sammetkragen gestohlen. Der Überzieher hatte schwarzes Futter. In den Taschen steckte ein schwarzes Schirmpfunder und ein weißes Taschentuch.

pb. Verurteilter Betrug. In einem hiesigen Konfitürengeschäft wurde am 27. d. Mtz. nachmittags gegen 2 1/2 Uhr, von einem ärmlich gekleideten, etwa 12 Jahre alten Mädchen versucht, eine wertlose gelbe Münze für ein 20 Markstück auszugeben. Da das Kind kurz vorher mit einer Frau vor dem Schaufenster des Geschäfts gestanden hatte, wird vermutet, daß es von dieser Person zu dem Betrage angestiftet worden ist.

Kiel. Berräter. Zu welchen Mitteln die Gegner einer Organisation greifen, um ihr eins auszuweichen, beweist das Verhalten zweier Mitglieder des "unparteilichen" Brauereiverbands in Kiel. Von dem Vorsitzenden der Zahlstelle Kiel des Zentralverbandes der Brauereiarbeiter war eine Betriebsversammlung des Personals der Brauerei N. Schifferer, N.-G., einberufen worden. Anstatt nun selbst zu dieser Besprechung zu kommen, um für oder gegen die zu besprechende Angelegenheit Stellung zu nehmen, ließen diese zwei Männer abends zwischen 8 und 9 Uhr nach der Wache im dritten Polizeirevier und denunzierten dort die Versammelten. Schutzleute erschienen und verboten die Versammlung. Der Vorsitzende ging sofort nach der Revierwache, um die Gründe des Verbots kennen zu lernen. Dabei hatte er das Vergnügen, einen der Denunzianten noch auf der Revierwache anzutreffen. Es war der Kellermeister der Brauerei N. Schifferer. So lange noch so Arbeiter selbst Betrat an der Sache der Arbeiter üben, kann man sich nicht wundern, wenn das kapitalistische Scharfmachertum obenaufrat. — Schlimmes Wetter auf See. Gestern trat bei sinkender Temperatur starker Schneefall ein. Auf See ist das Wetter sehr unsichtig. Zwischen Rügen und Widen ging ein Segelschiff, das mit den Seeleuten Sörensen und Hansen besetzt war und einen Brahm im Schleppe hatte, mit Mann und Maus unter. Die Trümmer der Fahrzeuge sind angetrieben. Der Stolpmünder Dampfer "Martha", der mit einer Ladung Holz von Memel nach Kiel abging, traf hier ein, nachdem er den größten Teil der Deckladung über Bord geworfen hatte. Der furchtbare Sturm und die über den Dampfer gehenden Sturzseen brachten die "Martha" in die Gefahr des Kenterns. Der Kapitän sah sich genötigt, um Befahrung und Schiff zu retten, die Deckladung zu werfen. Das Manöver gelang, die "Martha" richtete sich wieder auf und erreichte Kiel. — Im Bord des von Glasgow nach der Ostsee fahrenden Dampfers "Parad" spülte eine Sturzsee den Matrosen Horn über Bord. Er errang

Schweinehandlung Viehmarkt
28. April
Der Schweinehandel verlief flau. Zufgeführt wurden 4600 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 57—58 Mk., leichte 56 1/2—58 1/2 Mk., Sauen 49—55 Mk. und Ferkel 52—56 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Kubik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Böwling; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. Schwärz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Zur Maifeier

empfehlen wir unser großes Lager

fert. Herren- u. Knaben-Garderoben
und stellen dieselben zu ganz besonders billigen Preisen zum Verkauf.



Eleg. Jackett-Anzüge
in braun, kariert oder gestreift
38.00 33.00 27.50 23.00 **850**
20.00 17.00 13.00 **Mt.**

Gehrod- u. Mod-Anzüge
in schwarz Kammgarn od. Tuch
57.00 49.00 43.00 35.00 **1850**
28.00 26.00 22.00 **Mt.**

Eleg. Jackett-Anzüge
ein- und zweireihige Fassons
in blau Tuch oder Cheviot
18.00 42.00 36.00 29.00 **1050**
23.00 18.00 15.00 **Mt.**

**Jünglings- u. Knaben-
Anzüge** hochlegant, in div.
neuesten Mustern
21.00 18.00 15.00 12.75 **225**
10.00 8.00 6.50 4.50 3.00 **Mt.**

**Frühjahrs- u. Sommer-
Paletots** in bräunl. Farben,
elegant gemacht
35.00 32.00 28.00 25.00 **1050**
22.00 17.00 15.00 13.50 **Mt.**

**Frühjahrs- u. Sommer-
Paletots** in soliden Farben
u. haltbar. Stoffen
26.00 24.00 20.00 18.00 **900**
16.00 14.00 12.00 10.00 **Mt.**

Gebr. Vandsburger Inh.: **Heinr. Wellmann**
10 Holstenstr. 10

Unstreitig billigste und reelle Bezugsquelle in Herren- und Knaben-Garderoben.

J. Westphal, Bau- u. Schiffs-Klempnerei
Engelswisch 16. — Fernruf 123 L.

Wilh. Bening, Friseur, Engelsgrube 80,
empfehlen seinen Rasier- und Friseur-Salon. Gute saubere Bedienung.
Spezielle Behandlung gegen Haarausfall. Anleitung gratis.

Oesterreich. Zigarren
Oesterreich. Zigaretten
Oesterreich. Mandtabake
Gr. Auswahl Kersten, Zigarrengesch., Düggelstr. 8

Maifeier 1908

Freitag, den 1. Mai:

MORGEN-FEIER

bestehend in Gesangs- und Konzertvorträgen, Festrede, sowie Aufführungen der Arbeiter-Radfahrer
und Arbeiter-Turner

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52 .: .: Anfang präz. 9 Uhr.

Nachmittags:

Ausflug nach dem „Tiergarten“

unter Begleitung mehrerer Musikkapellen und Mitnahme von Fahnen, Bannern und sonstigen Emblemen

Nach Ankunft dortselbst:

Ansprache, Musik- und Gesangsvorträge; ferner Preisschiessen, Taubenwerfen, Tanz für Erwachsene,
sowie Belustigungen aller Art.

Bei eintretender Dunkelheit: Illumination des Festplatzes. **Schluss der Feier 10 Uhr.**

Abmarsch des Zuges präz. zwei Uhr vom Mühlenbrink.

Den Anordnungen des Komitees ist unbedingt Folge zu leisten. Die Karten sind bei allen Veranstaltungen sichtbar zu tragen.

Das Komitee.

Karten à 30 Pfg. sind zu haben bei sämtlichen Bezirks- und Distriktsführern, sowie bei C. Wittfoot, Huxstrasse 18, C. Schröder,
Lederstrasse 3, Grünwald, Böttcherstrasse 19, im „Vereinshaus“, im Parteisekretariat und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 28. April 1908.

144. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr. Am Bundesratliche: Kommissare. Das Haus erbt das Andenken des verstorbenen Abg. Sandler (N.) in der üblichen Weise. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. Eine Anzahl Petitionen werden heute als erledigt nach den Vorschlägen der Petitionskommission erledigt. U. a. wird als Material überwiesen eine Petition betreffend Ausschluß der öffentlichen in Stanbalprozessen. Die Petition betreffend Abänderung oder Aufhebung des Paragraphen 176 wird durch Übergang zur Tagesordnung unter Annahme der bekannten Resolution erledigt, welche unachtsamliche Durchführung der bestehenden Gesetzesvorschriften, verschärfte Strafen gegen unethische Ausnutzung des Abhängigkeitsverhältnisses und Erhöhung des Schutzalters fordert. Eine Petition der Agenten um Ermäßigung des Rechts der Einsicht in die Handelsbücher der Prinzipale wird als Material überwiesen, nachdem Abg. Lehmann (Wesbaden (S.D.)) die Einwendungen der weisfälschen Handelskammern gegen die Petition zurückgewiesen hat. Die Petition um Unterstellung der Choränger und Sängerinnen unter die Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung soll nach dem Vorschlage der Kommission zur Erwägung überwiesen werden. Dr. Pfeiffer (Z.) beantragt, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, und weist auf die miserable Honorierung des weiblichen Bühnenpersonals hin, durch die geradezu die Unmöglichkeit gefördert wird, Selbst an großen Theatern werden monatliche Gehälter von 35-40 Mk. gezahlt. (Hört, hört!)

Grüne (S.D.): In der Tat werden geradezu niederträchtige Gehälter gezahlt. Leider fehlt es an einer wirksamen Organisation des Bühnenpersonals. Alle Personen mit einem Einkommen bis zu 8000 Mk. sollten dem Versicherungszwange unterworfen werden. (Beif. b. d. Soz.) Hildenbrand (S.D.): Die Regierung kommt vor lauter Erwägungen nicht zum sozialpolitischen Handeln. Die Jahresgehälter der Choränger bewegen sich zwischen 740 und 1100 Mark, wovon noch die hohen Agentengebühren und meist auch auf die Garderobe abgehen. Auch wir bitten, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo! b. d. Soz.)

Nachdem auch die Abg. Dr. Stengel (Ref. Vpt.) und Wassermaun (Nat.) für den Antrag Pfeiffer eingetreten sind, wird die Petition zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Petition des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter bittet um Einführung eines Knappschaftsgesetzes in Elsaß-Lothringen. Die Kommission beantragt, die Petition in ihrem allgemeinen Teile zur Berücksichtigung, im übrigen zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Giesberts (Zentr.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, wonach den einzuführenden Knappschaftstatuten rückwirkende Kraft beigelegt werden soll, und weist auf die Benachteiligung der elsass-lothringischen Bergarbeiter durch den Mangel eines Knappschaftsgesetzes hin.

Gummel (S.D.): Die elsass-lothringische Regierung bringt das ungläubliche Künftliche fertig, noch unsozialer zu sein, als die preussische. Im elsass-lothringischen Landesausschuß hat es das Zentrum durchaus an Eifer bei der Vertretung von Bergarbeiterinteressen fehlen lassen. Sehr mächtig sind im Landesausschuß die arbeiterfeindlichen Grundbesitzer, zu denen auch Herr de Wendel gehört, der sich gleichzeitig auf den päpstlichen Segen und auf seinen Liberalismus beruft. (Hört, hört! und Gelächter.) Wie vermissen in dem Zentrumsantrage die Erwähnung der geheimen Wahl für die Knappschaftsämter, wir werden aber doch für den Antrag stimmen, weil er eine Verbesserung gegenüber dem Kommissionsantrag bedeutet. (Bravo! bei den Soz.)

Beheimrat Halle behauptet, daß die elsass-lothringische Regierung nicht unsozial sei. Behrens (W.G.): Abg. Gummel kennt nicht die Arbeiterverhältnisse im Elsaß. (Lachen bei den Soz.) Zu bestreiten ist aber nicht, daß die elsass-lothringische Regierung zu sehr dem Einfluß der Grubenbarone nachgegeben hat. Es sollte ein einheitlicher Knappschaftsverein für ganz Elsaß-Lothringen eingerichtet werden. Grabberger (Z.): Abg. Gummel ist aus kleinstem Fraktionsinteresse dem arbeiterfreundlichen Zentrum in den Rücken gefallen. Eine Erwähnung der geheimen Wahl der Knappschaftsämter ist nicht nötig, da der Reichstag bereits in einer früheren Resolution dieselbe verlangt. Dr. Will (Z.) tritt gleich seinem Vorredner für den Zentrumsantrag ein. Sachse (S.D.) weist darauf hin, daß das Zentrum beim vorentscheidenden Vergleiche nicht die Interessen der Bergarbeiter wahrgenommen hat und daß der Abg. Behrens bei der zweiten Lesung des Vereinsgesetzes für den Ausnahme-Paragraphen 7 gestimmt hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Zentrum scheint zu glauben, daß es zwar selbst angreifen darf, aber nicht angegriffen werden darf. Gummel (S.D.): Das Zentrum heuchelt sozialpolitisches Interesse; als der Rechtschutzverein im Saarrevier unbequem wurde, ist es mit den schmutzigsten Mitteln gegen ihn vorgegangen. Herr de Wendel hat Geld für Kirchenbauten, aber nicht für seine Arbeiter. Er benutzt die Geistlichen für seine kapitalistischen Zwecke und leider lassen sich die Geistlichen dazu benutzen. (Gelächter Zustimmung b. d. Sozialdemokraten.) Behrens (W.G.) bestreitet, daß er mit seiner Abstimmung für den Paragraphen 7 die Arbeiterinteressen vertreten habe.

Giesberts (Z.): Die christlichen Gewerkschaften werden ebenso wie die sozialdemokratischen von den Geistlichen und Unternehmern bekämpft. Die Sozialdemokraten scheinen keine Gelegenheit zu elenden parteipolitischen Intrigen vorübergehen zu lassen. Grabberger (Z.) hebt erneut die sozialpolitische Tätigkeit des Zentrums hervor.

Sachse (S.D.): Herr Behrens hat einmal für und ein andermal gegen den § 7 gestimmt und das letzte Mal sich der Stimme enthalten. Er scheint also nicht gewiß zu haben, was er machen sollte. Trotzdem halten die Zentrumsmitglieder des Bergarbeiterverbandes ihre schützende Hand über ihn (Hört, hört! bei den Soz.), während die christliche Arbeiterpresse ihn scharf angreift. (Erneutes Hört, hört! bei den Soz.) Gummel (S.D.): Es ist mir nicht eingefallen, gegen die christlichen Arbeiter Front zu machen. Ich habe nur die innere Zweipaltigkeit bei der christlichen Arbeiterbewegung hervorgehoben. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Antrag der Kommission wird angenommen; ebenso der Antrag des Zentrums und der inzwischen eingelaufene Antrag Sachse (S.D.) auf geheime Wahl der Knappschaftsämter. Hierauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Unterstützungswohnstz., Vogelshuß, Maß- und Gewichtordnung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Die Schuhmacher in Hannover traten Montag in den Ausstand.

Der Schuhmachereit in Magdeburg ist noch nicht beendet, obwohl die Streikenden schon gute Erfolge zu verzeichnen haben. Nachdem die Innung legalische Verhandlungen abgelehnt hatte, fand sich eine Anzahl Arbeitgeber zu Verhandlungen mit der Streikleitung bereit. Das Ergebnis war die Annahme eines Tarifs, der die 10prozentige Lohnerhöhung vorsieht. Diesen Tarif bewilligten 84 Meister. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 100 Gesellen. Im Streik befinden sich noch 64 Mann. Nicht bewilligt wurden die Forderungen der Streikenden u. a. von der Firma W. A. Pape, deren Inhaber erklärte: „Meinetwegen können

die Schuhmacher streiken, bis sie schwarz werden: ich halte es aus!“ Seine Kollegen können also die Forderungen der Streikenden noch so berechtigt sein: er bewilligt sie nicht, weil er nicht will.

Die Schuhmacher in Offenach legten am Sonnabend nach abgelaufener Kündigungsfrist die Arbeit nieder. Die Meister verließen am Orte ihre Arbeit durch sogenannte Auch-Schuhmacher herstellen zu lassen. Außerhand wird noch versucht, die Arbeit auswärts anfertigen zu lassen. Vor Zuzug wird gewarnt, ebenso werden die auswärtigen Kollegen ersucht, Offenacher Streikarbeit zurückzuweisen.

Zur Ausperrung der Maler und Weißbinder in Südb- und Mitteldeutschland. Am Montag, 27. April, begannen vor dem Einigungsamt in Berlin Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen. Zu diesen sind Magistratsrat von Schulz, Gerichtsrat Dr. Renner, München und Beigeordneter Dr. Wolfeld-Allen hinzugezogen worden. Es sollen zunächst die strittigen Fragen (die Teilnahme an den Verhandlungen von gerichtlichen und christlichen), die eine Verhandlung in Mannheim unmöglich machten, erledigt werden. Dann soll über den Abschluß eines Armetarifs für alle in der Lohnbewegung stehenden Städte verhandelt werden.

Ein Streik in der Metallindustrie. Auf der Gottsche-fabrik der Gewerkschaft „Neustadt“ zu Stassfurt ist die Arbeiterschaft in den Streik getreten. Die Streikenden fordern eine Lohnerhöhung um 15 Prozent, Abschaffung der 24stündigen Sonntagsarbeit, Milderung des Strafmaßes und Auszahlung des Lohnes bei der Schlichtbeendigung. Die Gewerkschaft lehnte die Forderungen ab. Als auch ein Vermittlungsgesuch des Gewerbeinspektors fehlgeschlag, verweigerten die Arbeiter die Anfahrt und verließen gemeinsam die Fabrik. Wie notwendig besonders die Abschaffung der 24stündigen Sonntagsarbeit ist, beweist folgender Auspruch eines Arztes einem Arbeiter der Fabrik gegenüber: „Die Leute von Fabrik 4 sind nicht eigentlich „krank“, sondern „kaputt“. Die Gewerkschaft leidet außerhalb der Fabrik an Grippe für die Streikenden. Wertwürdigerweise will sie den nicht eingearbeiteten Arbeitsmilitanten den Lohn zahlen, den sie den Streikenden verweigert. So suchte ein Agent des Werks am Sonnabend in Magdeburg 300 Arbeiter. Er hatte aber nicht viel Erfolg; nur durch den Arbeitsnachweis des Verbandes Reichsstrücker Arbeiter wurden ihm einige Dienstmilitante vermittelt.

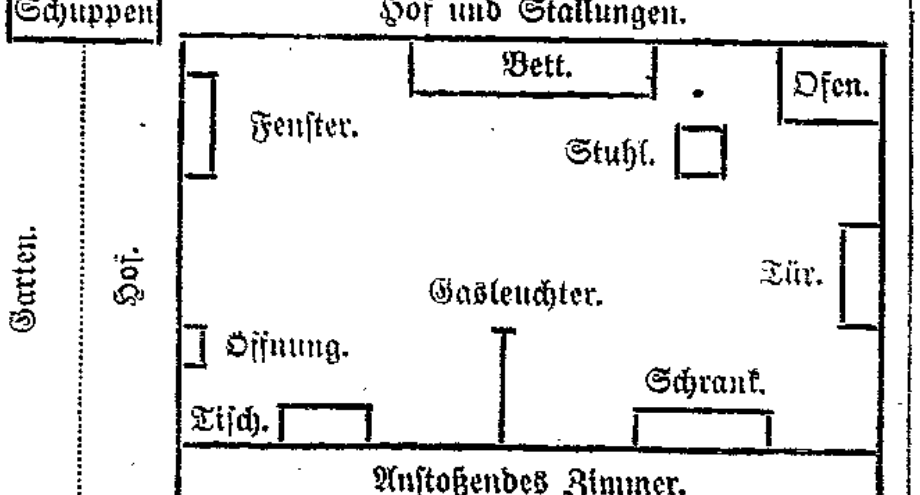
Bauarbeiterstreik im Bad Reichenhall. Am Dienstag sind sämtliche Maurer, Zimmerleute und Bauhilfsarbeiter wegen Nichtgenehmigung ihrer Forderungen in den Streik getreten. Schon seit einigen Wochen war Bad Reichenhall für Bauarbeiter gesperrt. Ledige Arbeiter wurden veranlaßt, den Ort zu verlassen. Die Maurer verlangen einen Stundenlohn von 55 Pfg., bisher 47 Pfg., die Zimmerleute 50 Pfg., bisher 40 Pfg., die Bauhilfsarbeiter 42 Pfg., bisher 34 Pfg.

Die Ausperrung der organisierten Maurer Stuttgarts ist beendet. In einer am Sonnabend stattgefundenen Versammlung hat der Unternehmerbund beschlossen, vom Montag an die Arbeitsstellen wieder offen zu halten. Die Verständigung zwischen dem Maurerverband und dem Unternehmerbund erfolgte auf der Grundlage, daß jeder Streitfall zuerst der Maurerorganisation zu melden ist, die den Ausschub des Unternehmerbundes um Abstellung des Militandes anzugehen hat. Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so tritt die gemeinschaftliche Schlichtungskommission in Funktion.

Ein Jahr im Streik beharrt haben die Arbeiter der Firma Gottlieb Hammesfahr zu Foch bei Solingen. Der Streik begann im März 1907. Es traten damals gegen 200 Meisterchlagerearbeiter in den Ausstand. Kurz darnach wurden dann noch zirka 200 im Deutschen Metallarbeiterverband organisierte Arbeiter entlassen. Außer dem Deutschen Metallarbeiterverband, in dem die Fabrikarbeiter und ein relativ geringer Teil der für Hammesfahr arbeitenden Zimmerarbeiter organisiert sind, verhängte auch der Industrie-arbeiterverband die Sperre. In dem Betrieb blieben von gegen 700 Arbeitern 2-300; es gelang der Firma jedoch, ihren Betrieb — und zuletzt fast in vollem Umfang — fortzuführen. Von den Streikenden, die zum größten Teil

Der Mann im „King Edward“ Kriminalroman von Friedrich Thieme. (Nachdruck verboten.) 1. Fortsetzung.) Sehen Sie — und hier ist es gerade umgekehrt. Dieser Knäuel zeigte sich nach der äußeren Seite offen, nach der des Zimmers zu geschlossen und geballt — ein sicherer Beweis dafür, daß er von außen in das Loch eingeschoben wurde. Da die Öffnung nun nach Ihrer zuverlässigen Aussage, Mr. Bird, vor 2 Tagen noch offen stand, so ist der Verschluss erst in jüngster Zeit, innerhalb der letzten 48 Stunden, angebracht worden — wie mit Sicherheit zu vermuten ist, erst diese Nacht. Der Mörder wollte verhindern, daß das Gas durch ihn entweiche und so den Erfolg seines ruchlosen Beglückens gefährde. „Unglaublich,“ murmelte Kapitän Clinton. „Und doch so klar und einfach. Dieser Knäuel spricht für mich eine lebendige Sprache. Und er sagt mir noch mehr, als ich Ihnen mitgeteilt. Dieses Gebäude hat, wie ich bemerkt habe, erst kürzlich einen frischen weißen Anstrich empfangen. Die Farbe, eine lockere Kalkfarbe, blättert ab. Betrachten Sie nun hier, an der dem Zimmer zugekehrten Seite des Bündels, die Spuren der Farbe der Außenwand? Sogar kleine Kalkblättchen finden Sie eingestreut. Die Tapete des Zimmers ist aber braun — das Loch selber, wie ich eben sah, nicht mit gestrichen worden, sondern dunkelgrau. Die Leisten aber sind noch rein weiß und frisch. Nun wohl — im Loch selbst und an der Innenwand konnte der Knäuel diese Aufbahrung nicht davontragen, sondern nur während er in Verbindung mit der äußeren Wand kam, beim Hineinstappen von außen. Begreifen Sie das?“ „Vollkommen,“ erklärte der Kapitän. „Und doch — wie wäre es dem Mörder möglich geworden, den Boden aufzubrechen, während der Tote schlief? Er müßte dann doch im Zimmer gewesen sein?“ „Das könnte er nicht — der Ermordete hatte Tür und Fenster von innen verwahrt.“ „Vielleicht gelangte er mittelst eines Nachschlüssels.“ „Gebenfalls ausgeglichen: Der Schlüssel traf von innen im Schloß. Wie hätte er von außen die Tür wieder schließen wollen, selbst wenn es ihm gelungen wäre, sie zu öffnen? Und auch letzteres liegt bei diesem Schloße außer dem Bereich der Möglichkeit. Betrachten Sie es nur.“

„Sie haben recht,“ erklärte Clinton nach kurzer Untersuchung. „Wenn sich der Schlüssel im Schloße befand, so war für einen Außenbesichtigten das Eindringen unmöglich, ebenso das Zuschließen, für den Fall er im Zimmer verdeckt gewesen wäre. Aber wie erklären Sie dann das Aufbrechen des Cashahns?“ „Fassen Sie, meine Herren, den Gasleuchter genau ins Auge, und wenden Sie Ihren Blick von ihm hin nach der viereckigen Öffnung in der Außenwand. Beide liegen in ziemlich gleicher Höhe, das Loch etwa einen halben Meter höher, und zwar verbindet beide eine fast gerade Linie? Bemerken Sie das?“ (Vergleichen den folgenden Situationsplan.)



Beide sagten ungeduldig, „Ja.“ „Die Entfernung der Öffnung von dem Cashahn beträgt kaum zwei Meter. Was ist nun leichter, als durch die Öffnung hindurch mittelst einer langen Stange den Hahn in Bewegung setzen? Der Zugang von außen ist ebenfalls leicht, das Loch liegt vom Erdboden aus höchstens zweieinhalb Meter hoch. Das Fenster geht auf den Hof hinaus, in den Hof führt ein großes Tor von der Straße aus, durch welches die Wagen einfahren. Wird dies Tor nachts geschlossen, Mr. Bird?“ „Geschlossen wohl, aber in der Regel sehr spät. Oft wird auch das Zuschließen vergessen. Außerdem kann jemand, der eindringen will, über den übrigen Gartengrund ohne Mühe in den Hof gelangen.“

„So folgen Sie mir hinaus — ich will Ihnen das Experiment vormachen.“ Ich legte den Knäuel vorsichtig in den Schrant, schloß diesen zu und steckte den Schlüssel in die Tasche. „Damit ihn niemand angreift“, belehrte ich den Wirt. „Wenn mich nicht alles trügt, hat er noch viel mehr zu erzählen.“ „Noch mehr? Was denn?“ „Wunderbar,“ verließ Clinton seiner Bewunderung Ausdruck. „Für Sie reden in Wahrheit Steine und leblose Dinge!“

Ich lächelte. „Sie besitzen allerdings eine Sprache für die Kundigen“, bestätigte ich, „und eine zuverlässigere, als Menschen sie reden. Die Sprache der Menschen liegt oft, während diejenige solcher Gegenstände untrüglich ist.“ „Wahrlich, die Herren Verbrecher haben es nicht leicht heutzutage,“ rief Clinton. „Sie vergessen, daß nicht alle Kriminalisten so tief schauen,“ versetzte ich mit einem Anflug von Stolz, der mich gleich darauf erröten machte. Auch wird das Verbrechen in dem Maße raffiniert, als der Scharfsmie der Justiz und ihre Mittel zu seiner Enthüllung wachsen. Es ist ein ewiger Kampf, wie zwischen der Banzerplatte und der Kanone. Trotzdem gebe ich mich der Hoffnung hin, daß es der Menschheit gelingen wird, das Verbrechen endlich ganz zu überwinden, einerseits durch ethische Entwicklung, andererseits durch die Unmöglichkeit für die Schuldigen, sich der Strafe zu entziehen.“ „Die Strafen gestalten sich indessen immer milder — sie werden zuletzt gar nicht mehr schrecken!“ „Früher verhängte man furchtbare Strafen — haben sich die Bösen dadurch etwa fürchten lassen?“ warf Mr. Bird ein. „Die Höhe der Strafen wird immer im Verhältnis zur Zahl der Verbrechen stehen,“ erklärte ich, „und der Mittel, diese zu verhüten und die Verbrecher zu ergreifen. Wenn früher die Strafe sehr hoch, so war die Aussicht für die Schuldigen, der Verhaftung zu entgehen, doch ebenfalls nicht gering, so daß sich die Höhe der Strafe mit der Aussicht, ihr zu entgehen, die Waage hielt. Je geringer die Möglichkeit, unentdeckt zu bleiben, je geringer die Neigung zur Übertretung der Gesetze — um so milder kann die Strafe bemessen werden.“ (Fortsetzung folgt.)

...untergebracht werden könnten, ist nicht ein einziger zum Verräter geworden. Nimmher ist, wie bereits kurz gemeldet vom Metallarbeiterverband, besonders in Anbetracht der schlechten Konjunktur, die Sperre aufgehoben worden. Der Industriearbeiterverband will im Streit beharren.

Von der Matfeier. Das Jürcher Bezirksamt genehmigte für die Stadt Jürich den Matfestzug, den es bisher stets verboten hatte. Bedingung: Es dürfen im Zuge keine roten Fahnen getragen werden.

Wunderer Rechts! Die Verl. Neues Nachrichten berichten aus Darmstadt: Die heftigste Regierung hat durch Entschließung vom 22. April den drei in letzter Zeit im Großherzogtum Hessen von Bürgermeistern oder Gemeindevorstehern gewählten Sozialdemokraten die Bestätigung versagt. — Das oldenburgische Staatsministerium bestatigte die Wahl des Schreiebers Andreas zum Beigeordneten der Gemeinde Neuende nicht, weil er Sozialdemokrat ist.

Das Denkmal für Ignaz Auer wird am Sonntag, 3. Mai, Vormittags 10 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde bei Berlin enthüllt. Das Denkmal-Komitee stellt dazu folgendes mit: „Da der Raum vor der Grabstätte sehr beschränkt ist, können natürlich nur Deputierte von Organisationen und zwar nur gegen Vorzeigung der Legitimationspapiere zugelassen werden. Die hierzu benötigten Einladungen erhalten die Organisationen von Groß-Berlin durch uns zugestellt. Auswärtige Parteioorganisationen und die Vertreter der Presse wollen sich wegen Überlassung von Einladungen an Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 wenden. Zutritt zur Feier ist also nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarten gestattet. Die Feier wird durch Gesang eingeleitet, dann hält der Genosse Paul Singer die Gedächtnisrede, den Schluß bildet wieder Gesang. Von 11 Uhr an wird der Zutritt zum Friedhof freigegeben und steht von da an das Denkmal zur allgemeinen Besichtigung.“

Ein glänzender Gemeindevorstand. Bei der Stadtverordnetenwahl in Oberklein a. d. Nahe, dem Hauptort des innerhalb der südlichen Rheinprovinz liegenden obdunkelischen, zum 1. Wahlkreis gehörenden, Fürstentums Birkenfeld, Sitz der bekannten Wätsch- und Distriktsindustrie, errangen am Sonnabend unsere Parteigenossen einen großen Sieg. Bis her gehörten dem Stadtverordnetenkollegium drei Sozialdemokraten an, die aber auf Grund einer Wilschmaschke gewählt worden waren. Diesmal aber wurden sämtliche fünf sozialdemokratische Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Die Wahlberechtigung betrug bei völlig gleicher und geheimer Wahl 80 Proz. Die Gegner hatten mit Ausbietung aller Kräfte gearbeitet. Im vorigen Jahre hat in Oberklein die große Ausperrung der dem Deutschen Metallarbeiterverbande angehörenden Bismarckarbeiter stattgefunden, die vier Monate gedauert hat und von der her jetzt noch 100 Arbeiter beschäftigungslos sind. Vor der Wahl nun wurde aus Fabrikantenkreisen heraus in der Form eines Gerichts die Drohung verbreitet, wenn die Stadtverordnetenwahl „schlecht“ ausfalle, werde abermals eine Ausperrung stattfinden. Der Erfolg war, daß am Sonnabend die sozialdemokratischen Kandidaten mit 750 von 1050 abgegebenen Stimmen gewählt wurden. Es stimmten also 60 Proz. aller Wahlberechtigten sozialdemokratisch.

Aus Nah und Fern.

Von der Galenbergerei. Fürst Galenberg ist vom Kriminalkommissar von Tressow, dem Spezialisten für die kriminalistisch-homosexuellen Fragen in Berlin, auf seinem Schlosse Liebenberg vernommen worden. Und zwar wird ausdrücklich dieser Nachricht hinzugefügt: unter Beachtung der gesellschaftlichen Formen. Mit sozialdemokratischen Redakteuren sprang man anders um. Da werden keinerlei auch noch so naheliegende Rücksichten gelbt. Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft sollen alle von Galden vorgeschlagenen, aber in Berlin früher nicht ver-

nommenen Zeugen, die um den Starbberger See herum wohnen und Galenberg von früherher kennen, jetzt vernommen werden. Das hätte man nur schon früher tun sollen. In Berlin wird benachrichtigt gegen einige Angeklagte verhandelt, die das Verbrechen verbreitet haben, der Amtsrichter Dr. Kern habe sich von Galden bestechen lassen.

Eine Rauf in der Schule richtete eine Rattin an. Es wird darüber geschrieben: Eine große Rauf entstand während des Unterrichts in der Joesfchule in Weiden a. l. Westf. Eine Rattin lief in dem Klassenzimmer herum; als die entsehten Kinder zu schreien anfangen, suchte das Tier einen Ausweg, und da es keinen fand, froch es einem Mädchen an den Beinen hinauf und biß sich in den Hüften fest. Die Lehrer mußten dem Rinde, das vor Angst in Krämpfe fiel, erst die Kleider ausziehen, ehe es von dem bössartigen Nager befreit werden konnte. Das Mädchen, an dessen Brust gleichfalls Rattenbisse konstatiert wurden, mußte in ärztliche Behandlung genommen werden.

Eine furchtbare Drohung. Die Münchener Express-Affäre, die in der letzten Zeit die bayerische Hauptstadt stark interessierte, veranlaßt einen Leser der Münch. Neuesten Nachrichten, folgende Erinnerung an seine Würzburger Studentenzeit mitzuteilen: „Im Schmuck meiner studentischen Farben bummelte ich eines Tages durch eine der feinsten und belebtesten Straßen der Stadt. Da sprang mir plötzlich ein kleiner schamloser Junge entgegen und bettelte mich um ein „Fünferle“ an. Es war gerade der Letzte des Monats, und nach meiner Berechnung konnte in meinem Portemonnaie kein roter Heller mehr sein. Deshalb wies ich den Bittsteller mit einer Gebärde ab und glaubte nun meinen Bummel unbehellig fortsetzen zu können. Aber ich hatte mich verrechnet. Mit einer energischen Miene stellte sich mir der kleine Andringling in den Weg und drohte also: „Herr Doktor, wenn Sie mir la Fünferle schenken, u a c h a schrei ich W a t t e !“ Obwohl ich mich im Vollgefühl meiner Unschuld mühte, befand ich mich doch angefaßt der auf und ab promenierenden Menschenmenge und mit Rücksicht auf meine studentische Couleur, falls der Burische seine Drohung wahr machen sollte, in einer sehr peinlichen Lage. So zog ich denn unterdrückten die Börse aus der Tasche und wie durch ein Wunder fand ich wirklich in einer Ecke versteckt noch ein „Fünferle“. Das war ich schleunigst dem jugendlichen Expresseur in die Hände, worauf er mit einem „Danke schön, Herr Doktor“ und mit grinsendem Gesichte davon sprang.“

Der Schiffbruch des englischen Kreuzers „Gladiator“. Am der Westküste der Insel Wight sind, wie bereits gemeldet, der englische Kreuzer „Gladiator“ und das amerikanische Postschiff „St. Paul“ im Schneeturm zusammengestoßen. Der „Gladiator“ liegt in leichtem Wasser und ist in vollständiges Brauk. Er liegt Kieloben nahe beim Fort Viktoria. Es scheint, daß unmittelbar nach dem Zusammenstoß die Kessel gestopft sind, wodurch zahlreiche Verwundungen unter den Besatzern veranlaßt wurden. Als der „Gladiator“, in dessen Steuerbordseite ein Loch gerissen wurde, durch das man mit einem Zweigespann fahren könnte, sich erst auf die Seite legte, und dann unter dem Einfluß des Sturmes ganz umschlug, kletterte die Mannschaft auf den Kiel des Dampfers und wartete auf Befehle. Während es nur möglich war, einzelne Personen vom „Gladiator“ herunterzulassen, begannen bald die Boote des „St. Paul“ und solche von der Küste, wo man durch den furchtbaren Krach des Zusammenstoßes auf die Katastrophe aufmerksam geworden war, das Rettungswerk. Sie lassen zunächst die Mannschaft auf, die zum Teil beim Umschlagen des „Gladiator“ ins Wasser geschleudert oder gesprungen war. Der „St. Paul“ hielt sich 1 1/2 Stunden noch an der Stelle auf und tat, was nur irgend möglich war, um der Mannschaft des „Gladiator“ Hilfe zu leisten. Bei einem Zusammenstoß in tieferem Wasser würde ein ungleich größeres Unglück herbeigeführt worden sein. Von der Mannschaft des „Gladiator“, von der jetzt 80 fehlen, wären dann wohl nur wenige gerettet worden. Die Passagiere konstatierten, daß der „St. Paul“ außerordentlich langsam dampfte, während der „Gladiator“, der aus Portland kam

und Portsmouth anliefen sollte, zwar vorfällig, aber doch schneller fuhr. Von den Offizieren des „Gladiator“ fehlt nur der Leutnant Graves, der der Küste zuschwamm. Aus ganz England, namentlich aber aus dem Westen, kommen Nachrichten über die Schrecken des nunmehr acht Tage wütenden Schneesturmes, der einzig um diese Zeit in den Annalen Englands dasteht. Nach den letzten Meldungen sind vom „Gladiator“ vier Mann tot und sieben Mann verwundet. 21 Seeleute fehlen noch.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 28. April. Der Schiedsspruch für das Baugewerbe wurde von der Generalversammlung des Arbeitgeverbundes gegen 11 Stimmen angenommen. Der Zentralverband der Maurer Deutschlands, die größte Arbeitnehmerorganisation des Baugewerbes, hat sich mit dem Schiedsspruch heute Abend unverändert erklärt.

Thorn, 28. April. Heute früh wütete am Seglerort ein Großfeuer, durch das die Dachstühle und die oberen Stockwerke des Hauses Seglerstraße 4 und des benachbarten Hotels zum Goldenen Löwen eingeschert wurden. Die aus vier Köpfen bestehende Familie eines Gelegenheitsarbeiters mußte, bevor die Feuerwehr zur Stelle war, aus dem vierten Stockwerk auf untergelegte Betten und Matten auf die Straße herunterspringen. Der Mann brach beim Sprunge die Wirbelsäule und liegt hoffnungslos darnieder. Ein Knabe wurde leicht verletzt, während die Frau und ein zweites Kind unverletzt blieben. Mehrere Familien sind obdachlos.

Oppeln, 28. April. Infolge Genusses von verdorbenem Schinken ist die ganze Familie des Schlossermeisters Scheer unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Scheer und eine 16jährige Tochter sind bereits gestorben.

Landenberg a. W., Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ wurde in Berlin ein 18jähriger Hirsorgezögling aus dem Rettungshaus verhaftet. Er hatte zweimal versucht, Flüge bei Berlinchen zum Entgleisen zu bringen. Er wollte das Schauspiel genießen, den Zug entgleisen und die Wagen umfallen zu sehen.

Landau, 28. April. Bei der Bornahme einer Revision bet dem Klifer Hildebrand in Landau in der Pfalz, durch einen Kontrolleur wurden verschiedene Weine als vermutlich gefälscht verweigert. Hildebrand drang auf den Kontrolleur mit offenem Messer ein und konnte erst durch einen Säbelhieb über den Kopf und Arm unschädlich gemacht werden.

Hartwich, 28. April. Bei den in letzter Nacht abgehaltenen Gefechtsübungen erfolgte ein Zusammenstoß zwischen dem Spähkreuzer „Attentive“ und dem Torpedozerstörer „Gala“. Der Zerstörer wurde von dem Kreuzer in zwei Stücke geschnitten. Hierbei wurde ein Mann getötet. Die eine Hälfte des Zerstörers ist im Schlepptau nach Sheerness gebracht worden.

St. Ingbert, 28. April. In Niederrwürzburg erschlug der 18jährige Arbeiter Wismann in der Trunkenheit seinen Vater mit der Art.

Bern, 28. April. Nach einer Meldung der „Basler Zeitung“ ereignete sich in der Nacht zum Montag bei Thun ein Automobil-Unfall, indem ein großer Kraftwagen mit sechs Herren in der Dunkelheit in einen tiefen Graben stürzte. Dabei wurde der 24jährige Beamte Hugo Schoer, Sohn einer aus Deutschland eingewanderten Familie, auf der Stelle getötet. Er wurde vom Automobil erdrückt. Mehrere andere Teilnehmer der Fahrt wurden verletzt.

Portsmouth, 28. April. Im Bord des Linien Schiffes „Britannia“ ereignete sich auf der Fahrt von Queensferry hierher eine Kesselexplosion, bei der vier Mann schwer und einer leicht verletzt wurden.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwarze. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

D. C. F.
Heute abend 9 1/2 Uhr
Versammlung im Vereinshaus.

Heute morgen 8 1/2 Uhr folgte mein lieber Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater
Gottlieb Krieger
nach schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren seiner erst vor kurzem verstorbenen Tochter Anna in den Tod. Kranke sind mir am Sarge und beweinen das für uns so harte Geschick.
Amalie Krieger Ww.
P. Schröder und Kinder.
H. Meier u. Frau, geb. Krieger.
E. Alpen u. Frau, geb. Krieger.
Beerdigung am Freitag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr vom Schwerter Friedhof.

Verband der baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.
(Zweigverein Lübeck).

Nachruf.

Am Dienstag, den 28. d. M., verstarb unser Mitglied langjähriges
Gottlieb Krieger.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Mai, morgens 10 Uhr, von der Leichenhalle (Porwerk) aus statt.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zur Beerdigung zu erscheinen.
Abmarsch vom Vereinshaus pr. 8 1/4 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Herrschaft u. einjähriges Mobilar ist ev. bis Mai für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen, als: Büschgarn, Bertow, Spiegel mit Schrank, Salongarn, Schreibisch, Traum, Salon- und Ausziehisch, Bettstellen, Kleiderschrank, Waschtisch, Lappisch, Bilder u. verich. mehr.
Wahmsstr. 63, ptr. links.

Berufsbekleidung



Putzbach & Reimers

Königsstr. 73 Ecke Hüxstr.

Gesucht sofort Kaufmädchen
nicht unter 12 Jahre.
Köckerstr. 5.

Kindervagen ohne Gummireifen,
billig zu verl.
Glandorfsstr. 45, III.
Fortzugshalber 1 vollständig, Bett 30 Mk.,
1 Bett 18 Mk. Glodengieserstr. 81, pt.

Lesen Sie die Sozialsatire:
„St. Petri Studienreise auf der Erde“.
Durch jede Buchhandlung zu beziehen, sonst direkt vom
Robersen Verlagsbureau
Curt Wigand, Leipzig,
Preis 5,- Mk.
Der Verfasser ist ein Lübecker.

Umständehalber ein neues englisches Schlafzimmer mit echtem Marmor, komplett, billig zu verkaufen.
Karpfenstr. 24.

Lannen- u. Eichenbrennholz
meterweise wieder vorrätig.
Herm. Hartog,
Ranalstr. 107, Ecke Glodengieserstr.
Zu verl. ein Kindervagen mit Gummireifen.
Preis 7 Mk.
Friedenstraße 46, I.

Visit-Karten
auf 8. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerlei des Ldb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Herr Dr. med. Wisser hier
scheidet seinem Wunsche gemäß zum
1. Mai d. J. als Kassenarzt
unserer Kasse aus.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse
zu Lübeck.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.
Auf Wunsch unserer Angestellten sind unsere Verkaufsstellen am Freitag, den 1. Mai
geschlossen.
Wir bitten die verehrten Mitglieder, bei ihren Einkäufen dies zu berücksichtigen.
Der Vorstand.

Streichfert. Delfarben
genau nach Muster,
Fußbodenöle, Lacke, Öle, Firnisse,
Tapeten
billigste Preise.

Hansa - Drogerie
Hans Fock Nachf.,
vis-à-vis dem neuen Hauptbahnhof,
Ecke Gartenburger u. Schwarzenr. Allee.

Erstklassige Fahrräder
sowie Zubehörteile zu den
billigsten Preisen.
Richard Israel, Alstr. 31.
Reparaturen aller Systeme werden sauber
und billig ausgeführt.
Tapetenreste
billig.
Streichfertige Delfarben etc.
Georg Bornhöfft,
Untertrave 44/45.

Kartoffeln.

Durch Zufall kaufte ich gestern billig 200 Ztr. allerfeinste Magnum bonum und offeriere **nur heute** ab Bahn 100 Pfd. 3 Mk. Bei 10 Ztr. frei ins Haus, bei weniger pro Ztr. 10 Pfg. Nachgeld. Bestellungen erbitte Holstenstraße 6.

Dieser Wagen auch an Wieder-Käufer nicht billiger.

Nicht gefollende nehme ich innerhalb 8 Tagen zurück.

nur
Holstenstraße 6. **Karl Voss** nur
Holstenstraße 6.

Apfelsinen

ganz außerordentlich süß und saftreich, nur extra gewählte Früchte von ersten Abladern. Allergrößte Auswahl. Preise riesig billig.

nur
Holstenstraße 6. **Karl Voss** nur
Holstenstraße 6.

Carl Folkers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

Zahlungsbilanz gestattet.

Bei Barzahlung Rabatt.

Gehe rote Kuhca-Marken.

**Meyer's Fahrrad
Marke „Schnell A“**

hat sich schnell bei dem radfahrenden Publikum eingebürgert durch seine enorme Haltbarkeit und Leistungsfähigkeit.

Johs. Meyer

Königsstraße 51.

Achtung Fabrikarbeiterverband!

Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die bei der diesjährigen Maifeier an der Aussperrung beteiligt sind, haben sich am 1. Mai morgens von 8-9 Uhr mit ihrem Mitgliedsbuch zur Kontrolle im Bureau Johannisstr. 48, part. im Flügel, zu melden.

NB. Abmarsch der Kollegen und Kolleginnen zur Teilnahme am Maifestzuge mittags 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Achtung Steinarbeiter!

Abmarsch zur Maifeier präzise 1 1/4 Uhr vom Vereinshaus (Johannisstr.).

Es ist Pflicht, daß jeder Kollege sich pünktlich daran beteiligt.

Der Vorstand.

Zur Waldwiese

Arnimstraße 53.

Restaurant, geschlossene Veranda.

Angenehmer Aufenthaltsort für Familien und Gesellschaften.

H. Möller.

R. Jenners Restaurant

Roeckstrasse 45.

Empfehle mein Lokal allen Freunden und Gönnern.

Gute Biere, Speisen und Getränke.

R. Jenner.

Neu-Lauerhof.

Zur Maifeier.

Großes Garten-Konzert

Im Saal: Großes Tanzkränzchen.

Freier Eintritt.

Freier Eintritt.



**Arbeiter-Turn-Verein
Lübeck.**

Abmarsch zur Maifeier 1 1/4 Uhr vom Vereinslokal des Herrn Braasch, Hundestraße 41. Weißer Anzug.

Der Vorstand.

Arbeit.-Radfahr.-Verein Lübeck

Abfahrt zur Maifeier präzise 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus.

Der Vorstand.

Achtung Tapezierer!

Abmarsch zur Maifeier pünktlich um 1 1/2 Uhr vom Vereinslokal.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Bäcker!

Abmarsch zum Maizug mittags 1 Uhr von Eggers.

Aussperrte haben sich am 1. Mai morgens von 8-10 Uhr beim Kassierer S. Flottow, Glandorpstraße 39, zu melden. Später sich Meldende können nicht berücksichtigt werden.

Der Vorstand.

Die

Aktienbrauerei Lübeck

Goldene Medaille Lübeck 1895

empfehle ihre aus feinstem Hopfen u. Malz erzeugten Biere, wie

ff. Exportbier nach Münchener Art gebrant

ff. Tafelbier nach Pilsener Art gebrant

und erbittet

Aufträge auf Gebinde und Flaschen durch

ihre Bierfahrer oder durch Fernsprecher Nr. 69.

Arnimstr. Wesloe.

Restaurations

Geschützte Lauben u. Veranden.

L. Lötting.

Hermann Carstens, Arnimstraße 38

Zur Maifeier halte mein Restaurant und Kegelbahn bestens empfohlen.

Ausschank gutgepflegter Biere.

Kaffee.

ff. belegte Butterbröte.

Achtung Metallarbeiter!

Diejenigen Kollegen, welche wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesperrt werden, haben sich zwecks Kontrolle am 1. Mai vormittags von 8-9 Uhr im Bureau zu melden.

Abmarsch zur Teilnahme an dem Ausflug mittags 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Sanitätsverband

der freien Hilfskassen Lübecks.

General-Versammlung

am Donnerstag, 30. April,

abends 8 1/4 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom I. Quartal 1908.

2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Universum.

Heute Donnerstag: 7. großer Komödien-Abend Freitarten gütig. Letztes Auftreten des Volk-Ensembles. NB. Auf Wunsch gelangen folgende Komödien zum letzten Male zur Aufführung: Dandchen im Grünen. Kuhhandel. Ihr Sergeant. De Pestkartäffel u. Papa Querskop. Von 12-2 Uhr Ausgabe von Freitarten. Dem verehrten Publikum wird somit Gelegenheit geboten, sich noch einmal über die Volk zu amüsieren. Ab 1. Mai gänzlich neues Programm. L. Puls.

Hansa-Theater

Vorles- u. Singspiel
des Berliner Apollo-Ensembles.
Der Schläger der Saison.

Die Liebestestung.

Ausst.-Baudeu. in 8 Akten von Brenner und Urban. Musik von Bogumil Fopler. Ballettmusik im 8. Akt v. Walter Schug. Im 8. Akte: Nürnberger Spielzeug. Pantomime mit großem Ballett, arrang. von Ballettmeister G. Ceruti.

Jeder Platz 50 Pfg.

Loge und Parterre 1 Mk.

Borverkauf bei Sager bis 6 Uhr.

Albert Meincke

Lübeck, 15 obere Aegidienstrasse 15

Ecke Königstrasse.

En gros. Fernruf 1771. En detail

**Staubmäntel
und Damen-Jackets**
à 3.50, 5.50 Mark u. s. w.

Sommer-Unterröcke und Tuchröcke
Weisse Stickerei- und Pique-Unterröcke
Glacéhandschuhe Stoffhandschuhe

1.20 Mt.

von 25 Pfg. an

Korsetts, Leibwäsche Taschentücher,
Kostümröcke und Blusen

Schürzen in Reform, mit und ohne Achseln
Blaudruck-Platen, weiße Platen

Kleiderstoffe in den neuesten Farben
Musselins-Satins in unerreichter Auswahl

Weisse Kleiderstoffe enorm preiswert

Schwarze Kleiderstoffe in Satin, Cheviot usw.

à Meter 70 Pfg., 80 Pfg. bis 5 Mt.

In der neu eingerichteten 1. Etage:

Farb. Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzüge

in enormer Auswahl zu billigen Preisen.

Schwarze Cheviot-, Satin- und Kammgarn-Anzüge

von 7.50 bis 37 Mt.

Alle besseren Anzüge sind auf Roßhaar gearbeitet.

Berufskleidung, Hüte, Handschuhe

enorm billig.

Große neue Sendungen in

Gardinen, weiß u. crème

abgepaßt und meterweise von 30 Pfg. bis 1.50 Mt.

Rouleaux, Zuggardinen, Lambrequins

abgepaßt und meterweise.

Veranden-Gardinen, in weiß und creme, altgold.

Veranden-Tischdecken in großer Auswahl.

Woll- und Linoleum-Läuferstoffe, Teppiche, Tisch-

decken, Bettdecken, Bettvorlagen, Felle, Schlafdecken

== **Sämtliche Aussteuer-Artikel** ==

in großer Auswahl.

Baby-Wäsche u. Kinder-Wäsche, alle Größen.

== **Fertige Betten und Bettfedern** ==

in der neu eingerichteten 1. Etage in allen Preisen vorrätig.

Bett-Inletts, Bettbezug-Stoffe

meterweise und fertig genäht. Nählohn wird nicht berechnet.

Knopfen aller Sorten gratis. Reinigung derselben zum Selbstkostenpreis.

Albert Meincke

Königstr. 108. Ecke Aegidienstr.

Niederlagen:

Beckergrube 36, Ecke Kupferschmiedestr.

In Ahrensböök bei J. Dose.

Bräuerei Walfmühle

empfiehlt ihre

aus feinstem Hopfen und Malz erzeugten Biere
wie

ff. Lagerbier

ff. Münchener Bier

ff. Kaiserbier.

Zur Maifeier

hatte mein Lokal allen Freunden und Gönnern bestens
empfohlen.

Ausschank von ff. hiesigen Bieren.

Joh. Ditz, Marktstraße 56.

Adler-Bräuerei,

Lübeck,

Arnimstrasse

Fernsprecher 693

empfiehlt ihr aus rein Hopfen und Malz hergestelltes

Lager-Bier

in Flaschen und Gebinden.

Zur Maifeier

empfehle meine Lokaltäten allen meinen Freunden
und Gönnern.

Ausschank v. ff. Adler-Bier, ff. Butterbröte, ff. Kaffee.

F. M. Denker, Arnimstraße.

Hansa-Bräuerei A.-G.

Lübeck

empfiehlt ihre gut abgelagerten

Lager- und Tafelbiere

sowie ihr

Kapuziner-Bräu.

Fernsprecher 161.

Fernsprecher 161.



Restaurant Tiergarten

Arnimstrasse 51.

Zur Mai-Feier

empfehle allen werten Teilnehmern meine Lokaltäten mit Garten. Für gute Speisen und Getränke sowie aufmerk-
same Bedienung ist bestens Sorge getragen. Hochachtungsvoll **W. Grammerstorf.**

Wöchentliches Interimsmagazin des Liberalen Volksboten.

Mr. 17. Mittwoch, den 29. April

Doppelt gefaltete Blätter wiegt auf einem fremden Einschlag den übrigen auch die zusammengekauften Sammelblätter gleichberechtigt.

Katja.

Von Franz Thoma.

Die Retorten hatten ihr Vorurteil. Der Landwirt Katja war als kleiner kommunistischer Arbeiter in einem Stadel unter dem Scheitelmantel versteckt. Er hatte sich durchschlagen, um die Freiheit zu erlangen. Katja hatte eine große Liebe zu einem Mann, der sie in der Gefängniszelle besuchte. Sie war eine einfache Arbeiterin, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit verdienete.

Das Kind des Kindes war noch kleiner als Katja. Sie war eine einfache Arbeiterin, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit verdienete. Sie hatte eine große Liebe zu einem Mann, der sie in der Gefängniszelle besuchte. Sie war eine einfache Arbeiterin, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit verdienete.

Der Herr hatte sich für Katja entschieden. Sie war eine einfache Arbeiterin, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit verdienete. Sie hatte eine große Liebe zu einem Mann, der sie in der Gefängniszelle besuchte. Sie war eine einfache Arbeiterin, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit verdienete.

Die Katja hatte sich für Katja entschieden. Sie war eine einfache Arbeiterin, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit verdienete. Sie hatte eine große Liebe zu einem Mann, der sie in der Gefängniszelle besuchte. Sie war eine einfache Arbeiterin, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit verdienete.

So möge er auch die Sorgen der Arbeiterinnen kräftiger und weiser schlagen lassen für den Freieinigungskampf ihres Geschlechtes und ihrer ganzen unterdrückten Klasse von der Innatur ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse.

Allelei Wissenswertes.

Warnung vor aufsteigenden Krankheiten.

Die wichtige Frage der jenseitigen Aufklärung der Schul-Experimente hat jüngst in Halle a. S. zu einem interessanten Experiment geführt. Dort wurden in einem größeren Teil der Kinder - Mittel- und Volksschulen den abgehenden Schültern von dem Schularzt oder vom Stadarzt eine besondere Bescheinigung erteilt. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Warnung vor den ansteigenden Krankheiten vor 14-jährigen Volksschültern erteilt, was nach dem eigenen Zeugnis dieses Vorgehens erteilt. Die Schüler für Hegner dieses Vorgehens erteilt, was nach dem eigenen Zeugnis dieses Vorgehens erteilt.

Ein vorzügliches Mittel gegen Husten bereitet man auf folgende Weise: Drei große Tassen Karmitener Lasse mit 125 Gramm Mandis und einer ganzen ungeschälten Zitronen bis zu einer Lasse verkochen. So oft man ein Niesenfall kommt, nimmt man einen Esslöffel voll von diesem Extrakt, und der Husten wird schon nachlassen und bald ganz verschwinden.

Humoristisches.

Bei Papstens. Zur Zeit Friedrichs des Großen waren die Kaiserinnen noch nicht so etwas Allgemeines wie heute. Da verkehrte ein altes Ehepaar bei Hofe, das sich endlich diese Herrschaft auch mal erlaubt und nach Italien reiste. Die Dame liebte die übertriebene und als sie heimkam, erzählte sie ihrem Bekanntenkreis, manche erlebte und unerbittliche Geschichte. Einmal sagte sie: In Rom war's herrlich, es ist eine gute, alte Stadt. Und bei Papstens waren wir auch. Er war nett, aber sie war reizend!

Wahre Geschichtchen. In einer norddeutschen Gegend und in der höheren Tochter. Einmal sagte sie: In Rom war's herrlich, es ist eine gute, alte Stadt. Und bei Papstens waren wir auch. Er war nett, aber sie war reizend!

Sie haben Unwissenheit an Menschengeist zurückgeworfen und vernichtet, um ihr eigenes Glück zu bauen und ihre Verwendungsart zu betriebligen. Von der Wahrheit dieser Behauptung zeugen oft die alten Landeschroniken, sichtbar aber noch für jeden die altverfallenen Burgen, die meistens hoch oben auf Felsen gebaut, mit ihren merkwürdigen Mauern den sicheren Port randschiffenwandelnden Geisteslichter bilden. Es zeigen uns die alten Schlösser mit ihren prachtvollen Zinnen und Türmen, die eines das andere in Zwickeln und Gemälden überbieten; es zeigen uns die herrlichen Gärten und Parks mit ihren Grotten und verschlungenen Laufwegen, in denen das Sauggen Lebenshauch, glücklicher Menschen ershallt. So als ein Herz ist auch die Welt im Jahre 1870 bei Kassel. Ein Besuch derselben an einen sonnigen Frühlingstage ist so recht geeignet, vergleichende Gedanken über den Lebensgenuss der Großen, und dem der breiten Volksmassen zu fassen. Die Weltanschauung ist ein über 200 Jahre alter Mann, dessen höchster Punkt die Weltanschauung ist. Der Park wurde vom herrlichen Landgrafen Karl um das Jahr 1700 angelegt, und seine Nachfolger haben den Bau des Schlosses und die Verschönerung des Parks gefördert. Dieses herrliche, durch Menschenhand geschaffene Gleichnis der Weltanschauung ist unbeschreiblicher Dingen genussreicher und gewinnlicher als Königs Verone, besonders zur Zeit der Herrschaft des französischen Regiments von Napoleon, der zu Anfang des vorigen Jahrhunderts von Mariposen dem Großen zum König von Westfalen gemacht wurde. Von der gewaltigen Höhe des Berges stürzen sich in breiter Fülle schäumende Kaskaden und verlaufen sich in meterhohen Flüssen, an deren beiden Seiten die Felsenteine mit grünen Moospolstern belegt sind. Allüberall sprudelt das Wasser zwischen ad den Blumen und Strauchern einen marmorischen Anblick. Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

Angewandtes solcher Frühlingssonne drängt sich uns die Frage auf: Warum leert sie nicht die Welt aus? Warum ist die große weltliche Klasse der Bevölkerung von allem Schönen ausgegeschlossen? Die Antwort darauf ist leicht. Weil Schonheit und Glück allzu innig mit dem Geld ist. Weil der reiche Mensch den Blick nur auf den Gewinn hat, nicht auf die menschliche Wohlfahrt. Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

Die Frühlingssonne beleuchtet dies anmutige Bild und weckt mit ihren Lichtstrahlen die Blau- und Blüthenknospen, damit sie sich dem Welt erschließen und zu neuem Leben regen. Die Natur prahlt sich schon!

hatte dem Vogel die Gemohnheit des Saupmanns beim...

Der Zambour durfte sie holen und nochmals an die...

„Woh, lieber Schwiegermama, gib's dem Rabendiehl...

„Santantritt Santantritt!“, rief die Greifens, nachdem...

„Santantritt Santantritt!“, rief die Greifens, nachdem...

„Santantritt Santantritt!“, rief die Greifens, nachdem...

Sie konnte nicht mehr über und über nach...

Die Bedeutung der Pilze für den Menschen.

Die große Bedeutung der Pilze mit ihren abtödtlichen...

Die Pilze sind eine der wichtigsten Bestandtheile...

Das Geheimnis des Geschlechts.

Die Wissenschaften sind schon durch die Natur...

Das Geschlecht ist ein Geheimnis von dem die Natur...

Für unsere Frauen.

Wohlgepflegte Frauen sind schon durch die Natur...